

# **b** unabhängige **auernstimme**



Der Umbau der Schweinehaltung kostet Geld und fordert von den Bauern und Bäuerinnen, sich mit neuen und alten Inhalten neu auseinanderzusetzen. Und jetzt droht auch noch die Schweinepest.

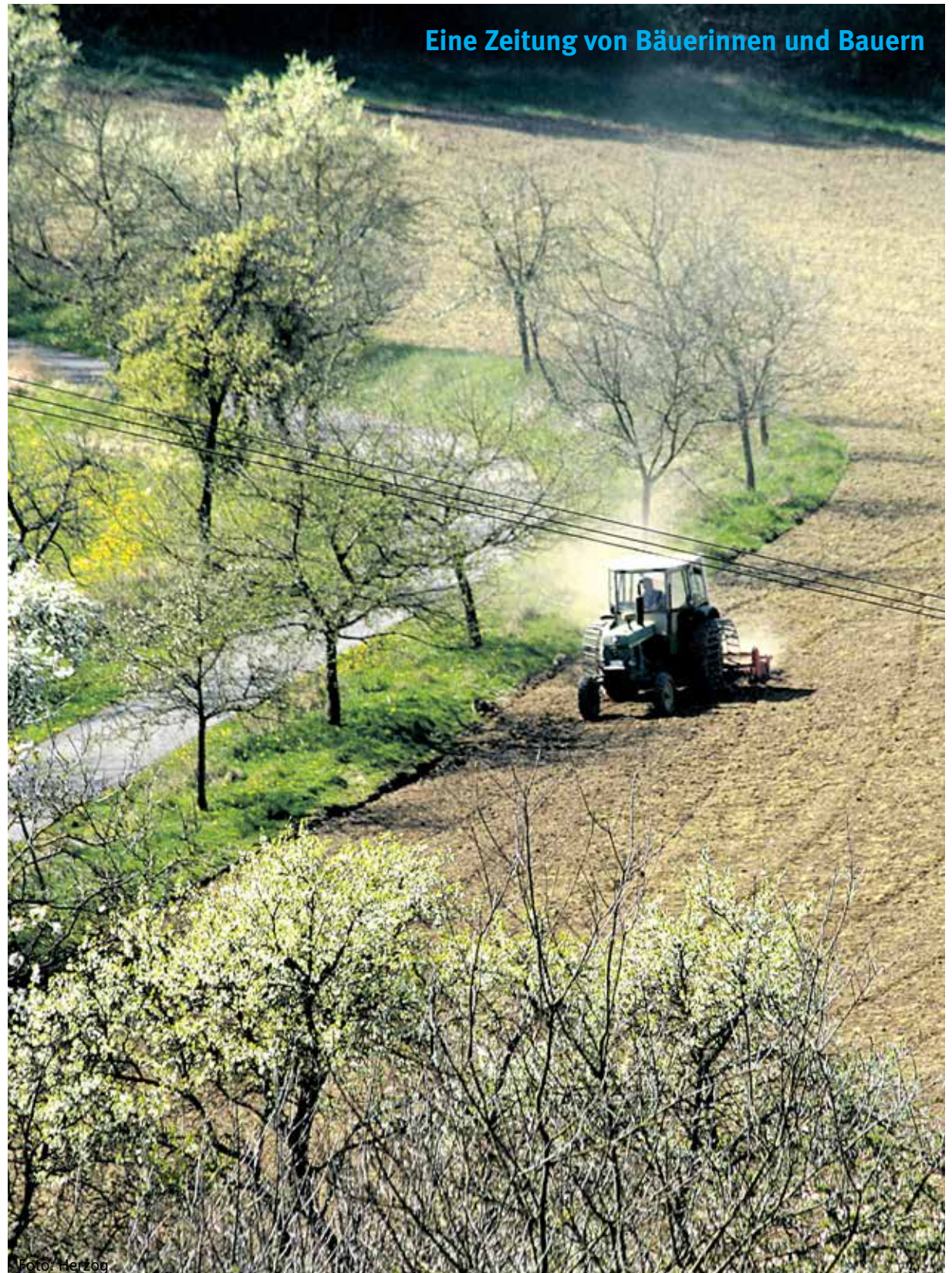


Der gewachsene Biomarkt braucht neue und andere Regeln. Seit Jahren ringt die EU um eine neue Verordnung, was könnte demnächst zum Abschluss kommen könnte. Könnte, könnte, könnte....



Foto: anjieconcius/pixelio

Kleinere Agrarstrukturen, eine vielfältige Fruchtfolge, mit der Natur statt dagegen - das erhält Biodiversität und schafft neue Werte auf dem Land. All das gilt es zu honorieren.



Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

## **Wert bäuerlicher Strukturen**





**Die Seite 3**

Sie kommt - die Frage ist nur, wann. . . . . 3



**Agrarpolitik**

Antibiotikaresistenzen minimieren . . . . . 4  
 EU-Mitgliedsstaaten in der Pflicht . . . . . 5  
 Der Umbau der Tierhaltung muss bezahlt werden. . . . . 6  
 Eigene Milcherzeuger-Verträge . . . . . 7  
 „Glyphosat ist out“ . . . . . 15  
 Freiheit für wen? . . . . . 16



**Bewegung und Märkte**

Dörfer ohne Bauern. . . . . 8  
 Weder Bauern noch Ferkel verlieren . . . . . 10  
 Nach wie vor Ausbeutung und Ausgrenzung . . . . . 17  
 Das Klima wird rauer. . . . . 19  
 AbL-Jahrestagung . . . . . 20



**Schwerpunkt**

Wert bäuerlicher Strukturen . . . . . 11  
 Wer lässt jetzt die Sau raus? . . . . . 12  
 Der Wert vieler kleiner Flächen für die Vielfalt. . . . . 13  
 Gutes tun für Biene, Hummel & Co . . . . . 14



Zu Besuch bei Theresia Krepphold und Schorsch Planthaler, Seite 9;  
 Lesen, Seite 21; Veranstaltungen, Seite 22; Kontakte/Impressum,  
 Seite 23

**Zum Titel:**  
 Bäuerliche Landwirtschaft mit blühenden Feldrändern im Saarland, fotografier vom Wegesrand.



**Agrarpolitik ist Gesellschaftspolitik**

Die Bundestagswahl ist vorbei, und der Staub, der durch die Ergebnisse aufgewirbelt wurde, legt sich langsam. Es läuft wohl auf eine „Jamaika“-Koalition aus CDU, CSU, FDP und Grünen hinaus. Die ersten Sondierungsgespräche haben bereits stattgefunden. Was das für die Agrarpolitik bedeutet, ist allerdings noch nicht vorauszusehen. Die Union hat schon mal das Landwirtschaftsministerium für sich reklamiert. Das heißt jedoch nicht, dass es auch so kommt, denn bei Jamaika müssen sich vier Parteien einig. Dafür ist einiges an Verhandlungsmasse nötig. Der Bereich Landwirtschaft gehört sicher nicht zu den unter den potentiellen Regierungspartnern unstrittigen Themen. Trotzdem gibt es auch interessante Schnittmengen zwischen einigen von der CSU und den Grünen, etwa was die Bedeutung des ländlichen Raumes, der Tierhaltung und den Wert vielfältiger bäuerlicher Strukturen betrifft. Deshalb liegen auch Chancen in der Luft. Statt nur die kleinsten gemeinsamen Nenner zu bestimmen, sollten auch einzelne Schwerpunktaufgaben als gemeinsam anzugehende Zukunftsprojekte festgelegt werden. Es gilt also, die Koalitionsgespräche sehr genau zu beobachten und dringende Zukunftsthemen zu benennen: Wir brauchen einen Umbau der Landwirtschaft hin zu einer zukunftsfähigen Form mit vielen, ganz verschieden aufgestellten Höfen in kleinen und mittleren, regional passenden Größenordnungen.

Wir brauchen eine Politik, die die ländlichen Räume stärkt, die noch vorhandene Struktur erhält oder den Aufbau neuer Strukturen wieder ermöglicht und unterstützt. Junge Leute müssen wieder mehr Möglichkeiten und wirtschaftliche Perspektiven haben, einen Hof weiterzuführen oder neu aufzubauen.

Der Umbau in der Tierhaltung hin zu tiergerechteren Haltungsformen muss vorangebracht werden. Dies ist für viele Betriebe mit erheblichen finanziellen Anstrengungen verbunden, die sie nicht aus eigener Kraft leisten können. Die Einkommenssituation auf vielen Höfen war ja in den letzten Jahren, nicht zuletzt aufgrund der Ausrichtung der bisherigen Agrarpolitik, alles andere als rosig. Für die Veränderungen muss öffentliches Geld fließen, es muss aber auch Kennzeichnung und Vermarktung neu oder anders organisiert werden. Nicht zuletzt werden auch zusätzliche Mittel gebraucht, um schrittweise Übergänge zu unterstützen, bis sie über den Markt honoriert werden können. Dieses Geld zu mobilisieren, erfordert kreative neue Konzepte, die auch den Branchenbeteiligten in Verarbeitung und Handel Verantwortung abverlangen.

Momentan erhält jeder Betrieb einheitliche Direktzahlungen pro Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche, ohne Bindung an irgendwelche Kriterien. In Zukunft müssen diese Gelder die Erbringung gesellschaftlicher Leistungen nicht nur ausgleichen, sondern honorieren. Auch die Bodenbewirtschaftung muss näher an der Natur erfolgen, mit mehr Fruchtfolge, mehr Vielfalt und weniger Pestiziden, um den Anforderungen gerecht zu werden, die der Klima-, Boden- und Gewässerschutz sowie der Erhalt der Artenvielfalt an uns stellen.

Noch ist in der Politik kein umfassendes Konzept erkennbar, wie dieser Umbau zu bewerkstelligen ist. Was mir allerdings Mut macht, sind die vielen Bäuerinnen und Bauern, die einfach mal irgendwo angefangen haben. Sie haben auf ihren Höfen Dinge verändert, Ideen entwickelt, Neues ausprobiert und experimentiert und bestimmt auch manchmal einiges riskiert. Wir können es ihnen gleichtun, jede und jeder von uns. Möglichkeiten, etwas zu verändern, ohne dabei gleich den Hof auf's Spiel zu setzen, gibt es genug. Gleichzeitig müssen wir aber immer und immer wieder eine Politik einfordern, die mutig und entschlossen die dringend notwendige Neuausrichtung der Landwirtschaft angeht und mit passenden Fördermaßnahmen für die bäuerliche Landwirtschaft zur Umsetzung bringt – im Interesse der gesamten Gesellschaft, denn Agrarpolitik ist schließlich Gesellschaftspolitik!

*Elisabeth Waizenegger,  
 Milchbäuerin im Allgäu und AbL-Bundesvorstand*

# Sie kommt – die Frage ist nur, wann

Die Afrikanische Schweinepest kommt immer näher und bedroht einen stark auf Exporte ausgerichteten Markt

**B**ei vielen Schweinehaltern herrscht Hilf- und Ratlosigkeit, wenn man das Thema Afrikanische Schweinepest (ASP) anschneidet. „Was wird passieren?“, fragt sich auch Günther Völker, Schweinehalter aus Rheda. „Sie wird kommen, aber keiner weiß, wann“, ist nicht nur seine Einschätzung. Bedrohlich ist nicht nur die Möglichkeit, dass der eigene Betrieb direkt betroffen sein könnte. Das Bedrohliche ist, dass binnen weniger Stunden nach Bekanntwerden eines Ausbruchs der deutsche Schweinefleischmarkt zusammenbrechen dürfte. Vor allem der hohe Anteil an Exporten, bei denen davon auszugehen ist, dass sie im Falle eines Schweinepestausbruchs von den Empfängerländern unmittelbar gestoppt würden, macht die Schweinefleischbranche so empfindlich. Laut Bundesregierung lag der Selbstversorgungsgrad bei Schweinefleisch im Jahr 2016 bei 121 Prozent. Bedenkt man, dass es zudem noch Schweinefleischimporte gibt, müssen 20 bis 30 Prozent der Produktion exportiert werden.

## Einschleppungsrisiko „hoch“

„Das Risiko des Eintrags von ASP nach Deutschland durch illegale Verbringung und Entsorgung von kontaminiertem Material wird als hoch eingeschätzt. Das Risiko des Eintrags durch kontaminiertes Schweinefleisch oder

daraus hergestellte Erzeugnisse entlang des Fernstraßennetzes durch Fahrzeuge oder Personen wird im Sinne eines Worst-Case-Senarios als hoch bewertet“, so das Friedrich-Löffler-Institut (FLI). Auf Karten des FLI kann man sich tagesaktuell die neuesten Funde der ASP anschauen. Mit 300 km Entfernung Deutschland am nächsten ist der Fund in Tschechien Anfang Juni. Das besondere an diesem Fund ist die scheinbar sprunghafte Ausbreitung um ca. 400 km nach Westen. Bisher konnte nicht geklärt werden, ob der Erreger auf „natürlichem“ Weg, von Wildschwein zu Wildschwein, nach Westen transportiert wurde oder ob eine Verfrachtung durch Transporte von Lebensmitteln, durch verunreinigte LKW oder gar durch den Transport infizierter Schweine begünstigt wurde.

## Seuchenschutz

Wenn die ASP in einem Betrieb in Deutschland oder in unmittelbarer Grenznahe (bis 10 km) festgestellt werden sollte, dann treten die Regelungen der Schweinepest-Verordnung in Kraft. In einem Radius von mindestens drei Kilometern um den betroffenen Betrieb bzw. den Fundort, wenn es sich um ein infiziertes Wildschwein handelt, richtet die zuständige Behörde einen Sperrbezirk ein. In der Folge kommt es zu einem Verbringungsverbot von Schweinen. Es werden serologische Untersuchungen bei den Schweinebeständen im Sperrgebiet durchgeführt und die aktuelle Zahl aller im Sperrgebiet gehaltenen Schweine betriebsindividuell erfasst. Weitere Maßnahmen sind unter anderem das Anbringen von Warntafeln und das Verbot der künstlichen Besamung sowie von Hausschlachtungen. Ein weiterer Radius von mindestens zehn Kilometern um den Ausbruchsort gilt als Beobachtungsgebiet. Wie auch innerhalb des Sperrgebietes gilt hier eine besondere Aufmerksamkeit für erkrankte oder verendete Tiere. Ausgeschlossen werden soll, dass diese an der ASP erkrankt sind oder waren. Für alle Tiere gilt innerhalb des Beobachtungsgebietes, dass ein Transport nur nach behördlicher Genehmigung gestattet ist.

## Wildschweine als Überträger

Ebenfalls mit starken Einschränkungen müssen tierhaltende Betriebe und insbesondere Schweinehalter rechnen, wenn in ihrer Umgebung ein mit ASP infiziertes Wildschwein gefunden wird.



In Tschechien wird den Wildschweinen mit schwerem Gerät nachgestellt

Foto: Balat

Ergänzend zu den Vorgaben der Schweinepestverordnung empfiehlt das FLI die Einrichtung eines „gefährdeten Bezirks“ mit einem Radius von mindestens 15 km um die Fundstelle und einer bis 30 km um die Fundstelle reichenden „Pufferzone“. Ein besonderes Vorgehen empfiehlt das FLI für die Bejagung der Wildschweine. Während im „gefährdeten Bezirk“ eine 21-tägige Jagdruhe empfohlen wird, um zu verhindern, dass möglicherweise infizierte Tiere vertrieben werden, sollen in der die Kernzone umgebenden „Pufferzone“ möglichst viele Wildschweine geschossen werden: „Tötung des Großteils der Wildschweinpopulation (möglichst über 80 bis 90 Prozent), zum Beispiel durch gürtelförmige Drückjagden (Schwerpunkt Bachen und weibliche Überläufer), gezielte Kirmung, Saufänge/ Ferkelfänge und das Anlegen von Jagdschneisen“. Neu sein dürfte der Versuch, die Jägerschaft intensiv mit einzubeziehen. So gibt es einen gemeinsam vom FLI und dem Deutschen Jagdverband (DJV) ausgearbeiteten Maßnahmenkatalog, der in seinen Maßnahmen noch deutlich größere Gebiete einbezieht als die oben genannten Zonen. Das Papier orientiert sich an den in der Tschechei zur Anwendung gekommenen Maßnahmen. Neben einem zusätzlichen Kerngebiet von ca. 2.000 ha um die Fundstelle des infizierten Wildschweins wird eine ca. 18 km (100.000 ha) große Zone als gefährdeter Bezirk ausgewiesen. Während diese vergleichbar mit den Empfehlungen des FLI ist, ist der Radius der sich anschließenden Pufferzone mit ca. 62 km (1,2 Mio. ha) doppelt so groß.

## Schießen, schießen, schießen

Die Maßnahmen innerhalb der einzel-

nen Bereiche sind vielfältig. Allen gleich ist das Anliegen, das Seuchengeschehen über Proben und Beobachtungen möglichst genau zu erfassen. Während in der Kernzone, die gegebenenfalls wie in Tschechien durch einen Wildzaun abgesperrt werden könnte, eine „vorübergehende Jagdruhe“ eingeführt werden soll, steht in den beiden anderen Zonen die Reduktion des Schwarzwildes, wie die Wildschweine auch genannt werden, an. Um eine weitere Ausbreitung der ASP zu verhindern, sei rechnerisch, so das FLI, eine Reduktion der Wildschweinpopulation um mindestens 70 (!) Prozent notwendig. Wildschweine haben sich in den vergangenen Jahrzehnten massiv vermehrt. Nicht nur für Spaziergänger sind die Schwarzkittel selten zu sehen. Auch bei Jägern gelten Wildschweine als schwer zu jagen. Sie sind vorsichtig, intelligent und extrem aufmerksam. Auch wenn die Empfehlungen des FLI und des DJV viele Ausnahmen zu Vorschriften des Jagdrechts vorsehen, unter anderem den Einsatz von Nachtsichtgeräten, Hubschraubern und Wärmebildkameras, Aussetzen von Schonzeiten und den Einsatz von Schalldämpfern, scheint eine Bestandsreduzierung um mehr als 70 Prozent doch sehr ambitioniert.

## Unsicherheit

Aus Sicht der Schweinehalter ist es vor allem zu begrüßen, dass Maßnahmen entwickelt werden, die am besten schon im Vorfeld einen Ausbruch verhindern und im Seuchenfall die weitere Ausbreitung nach Möglichkeit unterbinden. Den Schweinehaltern bleibt derzeit nicht viel mehr als abzuwarten. „Der normale Landwirt kann das Geschehen nur verdrängen“, fasst Günther Völker seine Situation zusammen.

## ASP:

Was ist Afrikanische Schweinepest? ASP ist eine fieberhafte, hoch ansteckende Viruserkrankung mit seuchenhaftem Verlauf bei Wild- und Hausschweinen. Sie endet in der Regel tödlich. Für den Menschen ist ASP nicht ansteckend.

Woher kommt sie?

Zum ersten Mal nachgewiesen wurde ASP 1921 in Kenia bei Warzenschweinen südlich der Sahara. Der jetzige Ausbruch der ASP begann 2007 in Georgien und breitete sich über Armenien (2007), Aserbeidschan (2008) und Russland (seit 2007) nach Westen aus: in die Ukraine (2012), Weißrussland (2013) und die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen (2014). Spätestens seit 2015 ist ASP in Polen und seit 2017 in Tschechien nachgewiesen.

Wie breitet sie sich aus?

Die Krankheit breitet sich direkt von Schwein zu Schwein aus. Aber auch eine indirekte Verbreitung über kontaminierte Lebens- und Futtermittel, Gülle, Mist und Fahrzeuge ist möglich.



# Antibiotikaresistenzen minimieren

Der hohe Einsatz von Antibiotika in der Human- und Tiermedizin führt zu immer mehr Resistenzen

## Verklagt

Die Südtiroler Landesregierung hat den österreichischen Autor des Buches „Das Wunder von Mals“ verklagt. Vorgeworfen werden Schiebel üble Nachrede und Verbreitung von Falschinformationen. 2014 hatte sich Mals mittels einer Volksabstimmung zur ersten pestizidfreien Gemeinde Europas erklärt. Schiebel hat diesen Prozess in seinem Buch, das im Oekom-Verlag erschienen und über den Abl-Verlag zu beziehen ist, beschrieben. Neben dem Buch hat Schiebel den auf Arte ausgestrahlten Film „Leben ohne Ackergift – das unbeugsame Dorf im Vinschgau“ produziert. Verklagt wurde auch das Umweltinstitut München für eine Plakataktion in der Münchner U-Bahn zum hohen Pestizideinsatz im Vinschgau. Nichtgefallen äußerte der Tiroler Bauernbund bezüglich der Kritik. „Südtirols Obstwirtschaft betreibt sachgemäßen Pflanzenschutz auf höchstem Niveau“, äußerte dann auch der Landeshauptmann Arno Kompatscher. Nichts anderes behauptete auch der Autor – bis zu 50 Kilo Pestizide pro Hektar würden die Obstbauern versprühen – auch wenn der Landeshauptmann das so vermutlich nicht verstanden wissen wollte. Neben der gerichtlichen Auseinandersetzung mit dem Buchautor, dem Verlag und dem Umweltinstitut gibt es offenbar auch eine handfeste Auseinandersetzung vor Ort. Vor wenigen Wochen wurden die Obstbäume des Biopioniers Ägidius Wellenzohn im Vinschgau mit Glyphosat besprüht. Der Schaden beträgt mehrere tausend Euro. *mn*

Seit langem ist die enge Verbindung von Mensch und Tier bei Krankheiten bekannt. Über 60 Prozent der menschlichen Infektionskrankheiten hätten ihren Ursprung beim Tier, schreibt die Weltorganisation für Tiergesundheit. Es gibt also enge Verbindungen, auch bei den Krankheiten und deren Behandlung. Bei bakteriellen Infektionen gelten Antibiotika als die „Wunderwaffe“. Doch führt ihr übermäßiger oder gar unsachgemäßer Einsatz sowohl in der Veterinär- als auch in der Humanmedizin immer häufiger zu Resistenzen. Viele Mediziner warnen davor, dass, wenn man den Umgang mit ihnen nicht nachhaltig ändert, Antibiotika ihre Wirkung verlieren, ohne dass andere Medikamente die entstehende Lücke schließen könnten. Nur eine Minimierung des Antibiotikaeinsatzes kann deren Wirksamkeit längerfristig sicherstellen.

## One World, one Health

Bei der Notwendigkeit, Antibiotika zu minimieren, sollen keine Grenzen gezogen werden, fordert die One-Health-Strategie (sinngemäß etwa: „Eine Welt, eine Gesundheitsstrategie“), erarbeitet unter anderem von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), der Weltorganisation für Tiergesundheit (OIE) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO) – keine Grenzen zwischen der Anwendung in Ställen und der in Krankenhäusern und Arztpraxen. Es geht nicht darum, woher die meisten resistenten und multiresistenten Keime stammen, ob sie mehrheitlich ihren Ur-

prung in Krankenhäusern oder in der Intensivtierhaltung haben. Ziel der One-Health-Strategie ist es in Bezug auf Antibiotika, deren Einsatz allgemein zu reduzieren und zu optimieren.

Dass die Tierhaltung hier eine große Aufgabe vor sich hat, belegen die Ergebnisse, die Wissenschaftlerinnen des Robert-Koch-Instituts (RKI) und des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) auf der Tagung „Antibiotikaminimierung in der Tierhaltung“ von German Watch und der Universität Göttingen sowie der Ärztenitiative gegen Massentierhaltung vorstellten. Vor allem bei Geflügelfleisch nimmt der Besatz mit multiresistenten Keimen entlang der Verarbeitungskette bis zum Laden zu. Bis zu sechsfach resistente Keime fanden die Wissenschaftler bei Hühnerfleischproben aus der Kühltheke. Wesentlich geringer sind die Belastungen bei Fleisch aus biologischer Produktion.

## Weniger ist möglich

Eine deutliche Reduktion der Antibiotikaverbrauchsmengen ergab die Einführung einer zentralen Datenbank. Allerdings sind die Angaben unvollständig und ihre Richtigkeit nicht überprüfbar, kritisiert Reinhold Benning von Germanwatch. Bei Zuchtanlagen und bei Milchkühen werden erst gar keine Daten erhoben. Auch, so wurde auf der Tagung in Göttingen deutlich, ist eine mengenmäßige Reduktion aufgrund der unterschiedlichen Verabreichungsmengen nicht gleichbedeutend mit einem geringeren Einsatz, wenn, und das legen die Ergebnisse zumindest nahe, auf

Antibiotika mit deutlich geringeren Dosierungen ausgewichen wird.

Erfolge in der Reduktion könnte hier die Verpflichtung der Tierhalter bringen, ihre Therapiehäufigkeit zu melden und ihre Behandlungshäufigkeit mit anderen Betrieben vergleichbar zu machen. Betriebe mit einer besonders hohen Therapiehäufigkeit müssten in der Folge zusammen mit der zuständigen Kontrollbehörde einen Maßnahmenkatalog zur Senkung des Antibiotikaeinsatzes erarbeiten.

Dr. Matthias Link von der Landestierärztekammer Niedersachsen zeigte sich überzeugt, dass zusätzliche drohende Kosten dazu beitragen, dass Tierhalter ihre Haltungsbedingungen optimierten, anstatt etwaige Mängel durch Antibiotikagaben zu kaschieren. Offen blieb an dieser Stelle aber die Frage, inwieweit die Systeme der industriellen Geflügel-, Schweine- und Rinderhaltung aufgrund ihrer hohen Tierdichte, der einseitigen Ausrichtung auf hohe Leistung und des reduzierten Betreuungsaufwands prinzipiell auf einen höheren Antibiotikaeinsatz angewiesen sind.

## Antibiotikafrei

Eine klare Absage erteilte Heinz Schweer, Direktor Landwirtschaft bei Vion, einem Marktsegment „Fleisch ohne Antibiotikaeinsatz“. Seine zentralen Argumente waren, dass auch bei ohne Antibiotikabehandlung erzeugtem Fleisch keine Garantie für das Nicht-vorhanden-Sein multiresistenter Keime gegeben werden könne. Dies sei dem Verbraucher nicht mittels eines zusätzlichen Logos zu vermitteln. Nachgefragt werden derartig aufgezogene Tiere aus den USA, berichtet Dr. Elisabeth Okholm Nielsen vom Dänischen Ministerium für Umwelt und Ernährung. Circa ein Drittel der Tiere eines Durchgangs müssten aber auch hier behandelt werden und dann über alternative Wege vermarktet werden.

## Handlungsbedarf

Der hohe Verbrauch von Antibiotika in der Veterinär-, aber auch in der Humanmedizin ist vor dem Hintergrund zunehmender Resistenzen und der Unersetzbarkeit von Antibiotika nicht zu verantworten. Vor allem, weil er vielfach zugunsten alternativer Behandlungsmethoden oder im Falle der Tierhaltung bei veränderten Haltungsbedingungen zu vermeiden wäre. Die landwirtschaftliche Tierhaltung bleibt trotz deutlicher Erfolge bei der Reduktion des Antibiotikaeinsatzes gefordert, für mehr Tierwohl in ihren Produktionssystemen zu sorgen. Ein Umbau der Tierhaltung steht an.



Viel Auslauf, weniger Antibiotika. Alles ein Frage der Haltung?

Foto: Herzog



Money, Money, Money... aus Brüssel

Foto: Hermsdorf/pixelio

## EU-Mitgliedsstaaten in der Pflicht

EU Kommission positioniert sich zur Weiterentwicklung der GAP nach 2020

Offiziell sollen sie am 29. November veröffentlicht werden – nun sind die schriftlichen Vorstellungen der EU Kommission zur Weiterentwicklung der Gemeinsamen europäischen Agrarpolitik (GAP) nach 2020 schon im Vorhinein bekannt geworden. Wo soll es hingehen mit der Landwirtschaft nach Ansicht von Agrarkommissar Phil Hogan?

Für das zukünftige Fördermodell soll die EU schlankere, grundlegende Vorgaben zu Parametern der Agrarpolitik machen: Zielvorgaben, allgemeine Arten von Eingriffsmöglichkeiten, Basisanforderungen. Die Verantwortung für die ergebnisorientierte Ausgestaltung, wie die Zielvorgaben erreicht werden sollen und mit welchen lokalen Schwerpunkten, soll mehr in die Hände der Mitgliedsstaaten übergehen. Dies soll z.B. auch die stärkere Förderung von Umweltbelangen und Klimaschutz betreffen. Das bisherige Vorgehen, der sich ergänzenden und verschränkenden Bereiche Cross compliance, Greening und Agrarumwelt- bzw. -klimamaßnahmen soll zusammengefasst werden. Die Mitgliedsstaaten sollen eine den eigenen Umsetzungsvorstellungen entsprechende, flexible Mischung aus verpflichtenden und freiwilligen Maßnahmen in der 1. und 2. Säule einführen.

### Kappung der Betriebsprämie

Um mit der Verteilung der Direktzahlungen gezielter die Einkommenssicherung aller Bauern und Bäuerinnen in der EU zu erreichen, sollen drei Möglichkeiten geprüft werden: a) eine verpflichtende Kappung der Zahlungen, die die maximale Betriebsprämie auf 60.000 bis 100.000 Euro begrenzt, dabei jedoch den Arbeitskräftebesatz der Betriebe anrechnet; b) eine verbesserte Unterstützung kleiner Be-

triebe, insbesondere durch eine umgeschichtete Zahlung; c) eine Fokussierung auf Menschen, deren Lebensunterhalt von der Landwirtschaft abhängt. Außerdem sollen die Unterschiede in der Höhe der Direktzahlungen zwischen den östlichen und westlichen EU-Staaten weiter abgebaut und angeglichen werden.

### Neu im Blick: Widerstandsfähigkeit

Im Bereich der Marktorganisation sollen Investitionen angekurbelt werden, um Wettbewerbsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit zu verbessern. Um der Marktorientierung bei steigenden Risiken und auftretenden Marktkrisen zu begegnen, soll eine Anpassung der Instrumente der gemeinsamen Marktordnung geprüft werden. Die Öffentlichkeitsarbeit zu Möglichkeiten des Risikomanagements der EU und für die Einzelbetriebe, z.B. Versicherungsmodelle, soll verstärkt werden.

Die ländliche Entwicklung soll vor allem durch neu entstehende Wertschöpfungsketten durch die wachsende Bioökonomie angetrieben werden. Überhaupt liegt viel Augenmerk auf Digitalisierung, „smarten“ technischen Lösungen – finanzintensiven Neuerungen. Gleichzeitig bezieht sich ein Schwerpunkt auf die Förderung des Generationswechsel auf den Höfen. Dazu sollen die Mitgliedsstaaten den Bedürfnissen entsprechende Programme ausarbeiten, um z.B. persönliche Weiterbildungsmöglichkeiten, Innovationen, Betriebsentwicklung und Finanzierung zu unterstützen. Für die Existenzgründung soll ein EU-weites Förderprogramm entstehen, um die Risiken und Einkommensunsicherheiten der Anfangsjahre abzufedern – z.B. durch einen vereinfachten Zahlungsaufschlag oder durch eine verbesserte Pauschale.

cw

## FOODprint gegen neue Gentechnikverfahren

Seit einigen Jahren gibt es mehrere neue Gentechnikverfahren – beispielsweise CRISPR/Cas. Die große Frage ist, ob die neuen Gentechnikverfahren auch als Gentechnik eingestuft und reguliert werden. Oder ob sie, wie von interessierter Seite gewollt, ohne Risikoprüfung, Zulassungsverfahren, Kennzeichnung, Nachweisbarkeit und Rückverfolgbarkeit einfach in die Umwelt und in Lebensmittel gelangen können. Die Initiatoren der beiliegenden Unterschriftenliste und der FOODprint-Aktion – darunter die AbL – fordern zusammen mit den Unterzeichnern die Bundesregierung auf, dass die Verfahren der Gentechnikregulierung unterzogen werden. Bitte machen Sie mit, legen Sie die Liste beim nächsten Stammtisch oder im Hofladen aus. Unterschreiben Sie und machen Sie die neuen Gentechnikverfahren zum Thema. Schon aktuell bei den Koalitionsverhandlungen wollen wir erreichen, dass diese Forderung gehört wird. Weitere Unterschriftenlisten und das Positionspapier unter: [www.abl-ev.de/initiativen/](http://www.abl-ev.de/initiativen/) av

## US-Streit um Dicamba-Herbizid eskaliert

Das Arkansas State Plant Board, eine Abteilung des Agrarministeriums im US-Bundesstaat Arkansas, hat für 2018 empfohlen, die Anwendung von Herbiziden, die den leicht flüchtigen Wirkstoff Dicamba enthalten, zwischen Mitte April und Ende Oktober zu verbieten. Das Gremium traf die Entscheidung, nachdem in diesem Sommer 1,25 Millionen Hektar Ackerfläche durch Dicamba-Drift geschädigt wurden. Ob ein Verbot wirksam wird, muss der Gouverneur des Staates entscheiden. In diesem Sommer waren in den USA erstmals gentechnisch veränderte Sojabohnen angebaut worden, die gegen Dicamba und Glyphosat resistent sind. Farmer aus 16 Bundesstaaten, die lediglich glyphosattolerante GV-Sojabohnen gepflanzt hatten, meldeten zum Teil schwere Schäden. Besonders betroffen waren Farmen in Arkansas.

Monsanto hat die Empfehlung des State Plant Boards kritisiert und rechtliche Schritte angekündigt. Eine Gruppe von Landwirten hat sich mit einer Petition an das Gremium gewandt: Mit der Glyphosat-Dicamba-Herbizidmischung habe man gute Erfolge im Kampf gegen resistente „Super-Unkräuter“ erzielt, die Anwendung solle bis Ende Mai und unter Wahrung eines 1,5 km breiten Sicherheitsabstands zu benachbarten Feldern erlaubt bleiben.

Im Bundesstaat Indiana hat das zuständige Gremium des Landwirtschaftsministeriums beantragt, nur noch lizenzierten, auf die Ausbringung von Herbiziden spezialisierten Spezialfirmen die Anwendung zu gestatten. Das Justizministerium muss über den Antrag entscheiden. In zehn anderen US-Bundesstaaten haben sich geschädigte Farmer zusammengeschlossen und eine Klage gegen die Hersteller Monsanto und BASF angestrengt. ml

## Gentechnik gegen Varroamilben?

Wissenschaftler an der US-amerikanischen Michigan State University haben eine Methode gefunden, unter Laborbedingungen die Sterblichkeitsrate bei Varroamilben drastisch zu erhöhen. Sie nutzten einen Eingriff in die RNA der Milben, um zwei Gene zu identifizieren, deren Vorhandensein bei Varroamilben zu einer Todesrate von 96 % führt, und vier Gene, über die sich die Reproduktionsrate der Milben beeinflussen lässt. Die Forscher entwickelten einen „Gen-Cocktail“, der an Bienen verfüttert werden kann und über deren Hämolymphe („Bienenblut“) von den Varroamilben aufgenommen wird. In einem nächsten Schritt soll geklärt werden, ob ein ähnlicher Effekt mit einem einzigen der sechs identifizierten Gene erreicht werden kann. Nach Ansicht der Forscher wäre das kostengünstiger und schonender für die Bienen. Außerdem muss geprüft werden, ob sich der Effekt nicht nur bei einzelnen Bienen, sondern in einer ganzen Kolonie erreichen lässt. ml



# Der Umbau der Tierhaltung muss bezahlt werden

Zur Finanzierung der erheblichen Mehrkosten gibt es verschiedene Möglichkeiten

## Stalleinbruch in zweiter Instanz

Auch das Landgericht Magdeburg hat eine Frau und zwei Männer frei gesprochen, die vor 4 Jahren in einen Schweinestall in Burgstall in Sachsen-Anhalt eingebrochen waren, um die dortigen Haltungsumstände zu filmen. Die Richter bestätigten in dem Berufungsprozess das Urteil des Amtsgerichts Haldeleben aus dem Jahr 2016. Zwar bestätigte auch das Landgericht den Tatbestand des Hausfriedensbruchs, das Handeln der drei sei aber gerechtfertigt, weil sie auf Missstände bei der Tierhaltung von rund 63.000 dort gehaltenen Tieren hingewiesen hätten. Die Haltung der Tiere habe gegen Regelungen der Tierschutznutztierverordnung verstoßen. So seien insbesondere die Abmessungen der Kastenstände zu gering gewesen. Das Eindringen in die Ställe sei auch das mildeste Mittel gewesen, da sich nach den Erfahrungen der Angeklagten eine Anzeige bei den zuständigen Behörden nicht als erfolgversprechend erwiesen hätte. So hätten bei vorherigen Kontrollen die zuständigen Behörden die Missstände nicht moniert. Zudem hätten sich die Angeklagten entsprechend vorbereitet, indem sie etwa Einwegkleidung benutzten, Mundschutz trugen und die Kameras desinfiziert hätten, so dass keine Keime von außen in die Ställe getragen wurden. Die Staatsanwaltschaft hat erneut Berufung eingelegt. **cs**

Der Umbau weiter Teile der Tierhaltung kann für die bevorstehende „Kleeblatt“-Koalition zu ihrem zentralen gemeinsamen Projekt im Bereich Agrarpolitik werden. Der Handlungsbedarf ist von allen beteiligten Parteien anerkannt, auch wenn es Unterschiede bezüglich Geschwindigkeit und Reichweite des Umbaus gibt. Für die tierhaltenden Betriebe kann ein solches gemein-

Bund und Länder im Jahr 2016 laut Bundesministerium BMEL insgesamt 80 Mio. Euro ausgegeben. Für die Förderung besonders tiergerechter Haltungsverfahren waren es 2,5 Mio. Euro. Die Lücke ist riesig.

### Anteil aus dem Markt

Ein gewisser Teil der Lücke wird über die notwendige Marktdifferenzierung mit



Nutztiere an die Luft, das kostet - wo kommt das Geld her?

Foto: Wengert/pixelio

sames Projekt eine große Chance sein, damit sie nicht länger allein gelassen werden mit den geänderten Anforderungen der Gesellschaft an die Tierhaltung. Ob „Jamaika“ aber tatsächlich eine Chance für die Tierhalter und die Tiere wird, ist nicht sicher. Das hängt vor allem davon ab, ob die Koalitionäre dafür sorgen können, dass die Bauern auf den erheblichen Mehrkosten für tiergerechte Haltungssysteme (Ställe) und Verfahren (Arbeitsaufwand) nicht sitzenbleiben. Politik und Verwaltung haben die heutigen Ställe und Verfahren genehmigt, staatlich gefördert und auch Ausbildung und Beratung darauf ausgerichtet. Davon nun Abschied zu nehmen und neue, tiergerechte Ställe und Verfahren in der breiten Praxis umzusetzen, ist deshalb eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, auch finanziell.

### Ausmaß der Mehrkosten

Die Wissenschaft gibt die Mehrkosten auf drei bis fünf Milliarden Euro pro Jahr allein für Deutschland an (WBA-Gutachten 2015). Das entspricht bis zu 20 % der Verkaufserlöse mit tierischen Erzeugnissen, wobei der Umbau in der Schweinehaltung am teuersten ist (ca. 2 Mrd.). Diese Kosten entstehen nicht vom ersten Tag an, aber diese Zahlen machen die Herausforderung deutlich. Diese Kosten können die landwirtschaftlichen Betriebe niemals tragen. Zum Vergleich: Für die einzelbetriebliche Stallbauförderung in Deutschland haben EU,

Kennzeichnung besonders tiergerecht erzeugter tierischer Lebensmittel (Milch, Fleisch, Ei-Waren) getragen werden müssen. Beim Fleisch hat Bio allerdings mit viel Arbeit gerade mal einen Marktanteil von knapp 2 Prozent erreicht. Der Weg über den Markt muss unbedingt weitergegangen werden, aber er ist noch lang.

Es braucht also politische Finanzierungsinstrumente, wenn der Umbau gelingen soll. Ein Griff in den konjunkturell prall gefüllten Bundeshaushalt wäre möglich, indem z.B. die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GAK) schrittweise erhöht wird. Der erste Schritt wäre, die im Haushaltsplan für 2018 vorgesehene Kürzung um 55 Mio. Euro gegenüber 2017 abzuwenden und für die Folgejahre einen Anstieg einzuplanen. Mit einem großen Plus tut sich der Bund aber auch deshalb schwer, weil bei der GAK letztlich die Bundesländer entscheiden, wofür sie die Gelder einsetzen.

### Mehrwertsteuer auf Fleisch

Um eine höhere staatliche Förderung finanzieren zu können, hat der ehemalige CDU-Staatssekretär im Bundesministerium BMEL, Gert Lindemann, eine höhere Mehrwertsteuer auf Fleisch vorgeschlagen. Er will den verminderten Umsatzsteuersatz auf Schlachttiere und Fleisch von heute in der Regel 7 Prozent auf 19 Prozent anheben. Diese Steuer würde auch auf Importe erho-

ben. Die größten Probleme liegen darin, dass die Einnahmen aus einer Steuer offiziell nicht an einen bestimmten Zweck gebunden werden dürfen – dazu bräuchte es informelle Absprachen. Und nur gut die Hälfte der Mehrwertsteuer landet beim Bund, der Rest bei Ländern und Kommunen.

### Abgabe für Tierwohl-Fonds

Für besondere Aufgaben – wie den Umbau der Tierhaltung – kann der Bund per Gesetz eine Sonderabgabe einführen. Es ließe sich eine Sonderabgabe auf Fleisch, Fleischwaren und weitere tierische Erzeugnisse erheben, die in einen Fonds geht, um daraus besonders tiergerechte Haltungsverfahren zu fördern. Dieser Fonds wäre bundesweit einheitlich tätig. Die Abgabe könnte auch importierte Waren einschließen. Das Bundesverfassungsgericht hat dem Instrument Sonderabgabe im „CMA-Urteil“ jedoch enge Grenzen gesetzt.

### Branchenorganisation aus ITW

Der frühere agrarpolitische Sprecher der CDU im Bundestag und heutige Raiffeisen-Präsident Franz-Josef Holzenkamp bevorzugte einen anderen Weg: Nach der EU-Marktordnung können Mitgliedstaaten stufenübergreifende Branchenorganisationen anerkennen, die z.B. das Ziel „Verbesserung der Tiergesundheit und des Tierschutzes“ und/oder Förderung „umweltfreundlicher Erzeugungsmethoden“ verfolgen. Eine solche Branchenorganisation muss mindestens zwei Stufen von Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung umfassen. Der Mitgliedstaat kann Beschlüsse einer Branchenorganisation befristet für allgemeinverbindlich erklären, wenn die Mitglieder der Branchenorganisation zusammen einen Marktanteil von mindestens zwei Drittel haben. Auch Finanzierungsbeiträge an die Branchenorganisation können allgemeinverbindlich festgesetzt werden. Das EU-Recht gibt somit die Möglichkeit, die Initiative Tierwohl in eine anerkannte Branchenorganisation zu überführen und z.B. alle Handelsketten und alle anderen Fleischwaren-Verkäufer (McDonalds...) für eine befristete Dauer zur Zahlung eines Tierschutzbeitrages verpflichten. Dieser Weg erfordert die Gründung einer Branchenorganisation über mindestens zwei Stufen mit entsprechenden Marktanteilen hinweg, entsprechende Beschlüsse, einen Antrag an das BMEL sowie dann seitens des BMEL den Erlass einer entsprechenden Verordnung. Es kommt jetzt darauf an, die bestehenden Möglichkeiten in Berlin zu prüfen und zu nutzen.

Ulrich Jasper,  
AbL-Bundesgeschäftsführer

# Eigene Milcherzeuger-Verträge

EU-Änderungen fordern Angaben zu Laufzeit, Menge und Preis

Die EU-Gremien haben sich im Bereich der Gemeinsamen europäischen Agrarpolitik (GAP) auf Detailänderungen innerhalb der laufenden Förderperiode verständigt, darunter neue Regeln für Milchlieferbeziehungen in der Verordnung zur Marktorganisation: Bisher gibt der Artikel 148 den Mitgliedsstaaten das freiwillige Recht, die Molkereien und Milcherzeuger zum Abschluss schriftlicher Lieferverträge vor der Lieferung zu verpflichten. Diese Verträge müssen dann u.a. Preis, Menge, Lieferkonditionen regeln. Die jetzt beschlossene Neuerung macht solche Verträge nicht mehr vom Willen der Mitgliedsstaaten abhängig. Vielmehr kann nun jeder einzelne Milcherzeuger, eine Milcherzeugergemeinschaft oder deren Vereinigung solche Verträge von der abnehmenden Molkerei verlangen. Ob damit auch Mitglieder von Genossenschaftsmolkereien entsprechende Lieferverträge einfordern können, dazu gibt es unterschiedliche Auffassungen, denn bisher sind Genossenschaften von einer möglichen Vertragspflicht in einem Mitgliedstaat befreit, wenn z.B. in ihrer Satzung „Regelungen mit gleicher Wirkung“ enthalten sind. *Topagrar* online äußert deshalb Zweifel, ob sich auch für Genossenschaftsmitglieder etwas ändert. Ulrich Jasper, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) betont dagegen: „Die AbL geht selbstverständlich davon aus, dass diese Neuerung auch für Molkereigenossen gilt“. Ottmar Ilchmann, Landesvorsitzender der AbL Niedersachsen, freut sich über den Teilerfolg: „Das regelt noch längst nicht alles – aber es erhöht den Druck auf die Molkereien, entsprechende vertraglich geregelte Lieferbeziehungen einzugehen und zu gestalten.“

## Auslegungssache

Für den Fall, dass Mitgliedsstaaten Lieferverträge verbindlich vorschreiben, ist eine weitere Änderung vorgesehen: Dabei sollen

die Vertragspartner zukünftig vom Mitgliedstaat auch zu Vereinbarungen verpflichtet werden können, die die Liefermenge und den Auszahlungspreis verknüpfen. „Das lässt viel Auslegungsspielraum“, erklärt Jasper die kritische Haltung der AbL zu diesem Punkt: „Einerseits ermöglicht diese Formulierung, dass Deutschland sogar Lieferverträge vorschreiben könnte, die für den Krisenfall Milchmengenreduzierungen durch einen Bonus für Mengenvernunft honorieren und Preisabschläge für Mengensteigerungen vorsehen. Andererseits kann die Regel auch gegen die Milcherzeuger verwendet werden.“ Schließlich könnten Molkereien darunter z.B. Staffelpreise mit höheren Auszahlungen für große Liefermengen verstehen. Das würde Mengenwachstum befördern und kleine und mittlere Milchviehbetriebe benachteiligen.

## Kein Kriseninstrument

Der Vorschlag des EU Parlamentes für eine extra Regelung zur freiwilligen Reduzierung der Produktionsmengen auf Erzeugerebene in Krisenzeiten wurde hingegen in der Einigung nicht berücksichtigt, sondern auf die Gespräche im Rahmen der bevorstehenden Überprüfung der GAP für die Zeit nach 2020 verschoben. Alle Änderungen für den Bereich Landwirtschaft werden Teil eines großen Änderungspaketes im Rahmen der Verhandlungen zur Anpassung der Haushaltsordnung der EU sein: Die sogenannte Omnibus-Verordnung besteht aus vielen unterschiedlichen Einzeländerungen und -paketen - den Passagieren und Fahrgastgruppen des Omnibus -, über die letztlich im Ganzen abgestimmt werden wird. Die einzelnen Verhandlungen finden im Vorhinein im sogenannten Trilog statt, d.h. VertreterInnen des EU Parlamentes und des Rates der EU einigen sich in informellen Treffen auf einen gemeinsamen Text, basierend auf einem Vorschlag der EU Kommission. *cw*

## Syngenta muss zahlen

Nach jahrelangem Rechtsstreit soll sich Syngenta mit einigen klagenden Bauern auf einen Vergleich geeinigt haben. 2013 hatten Chinesische Behörden 1,45 Millionen Tonnen US-Mais zurückgewiesen, weil dieser mit dem nicht zum Import zugelassenen GV-Mais „Viptera“ von Syngenta verunreinigt war. Die betroffenen US-Farmer reichten in verschiedenen Regionen Klagen ein. Syngenta habe die Fehlinformation gestreut, dass die Importzulassung unmittelbar bevorstehe, so deren Argument. Der Schweizer Konzern sei für die entgangenen Erlöse verantwortlich und auch für die gesunkenen Maispreise, da die entfallenen Exporte zu einem Überangebot an GV-Mais in den USA geführt hätten. Ein erster Prozess fand nun am Geschworenengericht in Kansas statt. Laut Urteil muss Syngenta 185 Millionen Euro Schadensersatz an die 7.300 klagenden Farmer zahlen. Syngenta kündigte Berufung an. Allerdings soll der Konzern auch Farmern – insgesamt sind hunderttausende betroffen – einen Vergleich angeboten haben. Ob sich Farmer darauf einlassen, ist noch unklar. Hinzu kommen Klagen vom Agrarhändler Cargill (110 Millionen Euro) und kanadischen Landwirten (250 Millionen Euro). Inzwischen hat. *av*

## Waldbesitzer, Jäger und der Bauernverband

Am 19. Oktober 2017 fand nach der diesjährigen Sozialwahl die konstituierende, erste Sitzung der neuen Vertreterversammlung der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) statt. Jeweils 20 Vertreter und Vertreterinnen der drei Versicherungstruppen Selbständige ohne fremde Arbeitskräfte (SofA), Arbeitgeber und Arbeitnehmer bilden das 60-köpfige parlamentarische Gremium der Selbstverwaltung. In der Gruppe der SofA, die als einzige durch eine Wahlhandlung mit Vertretern und Vertreterinnen verschiedener Listen besetzt ist, gingen alle Abstimmungen zur Wahl des Vorstands und zur Besetzung verschiedener Fachausschüsse mit 18:2 Stimmen aus. Sowohl die Waldbesitzer- als auch die Jagdverbände waren zwar mit eigenen Listen erfolgreich zur Wahl angetreten und hatten 3 bzw. 1 Sitz innerhalb der SofA-Gruppe erlangt. Letztlich schlossen sie sich aber mit dem Bauernverband zusammen und stimmten gemeinsam mit dessen 14 Sofa-Vertretern und -Vertreterinnen ab. Nur die Freie Liste Eickmeyer und die Bayerischen Nebenerwerbslandwirte haben sich ihre Eigenständigkeit bewahrt – damit als einzige jedoch nun einen schweren Stand. Henner Braach vom westfälischen Bauernverband wurde zum zuerst amtierenden Vorsitzenden der Vertreterversammlung gewählt. Zu sich zeitlich abwechselnden Vorsitzenden des Vorstandes wurden Walter Heidl, Präsident des Bayerischen Bauernverbandes, Martin Empl, Präsident des Gesamtverbandes der Deutschen land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände, und der Gewerkschafter Arnd Spahn, Sekretär der Europäischen Föderation der Landarbeiter und Ernährungsindustrie, gewählt. *cw*

## Mehr Pestizide in Rapshonig

Untersuchungen von Honigen aus Hessen und Rheinland-Pfalz haben ergeben, dass diese stark mit Pestiziden belastet sind. Waren 2016 noch weniger als 5 % der untersuchten Proben belastet, sind es 2017 bis zu 15 %. „Das ist ein Anstieg um 270 Prozent gegenüber dem Vorjahr“, stellt Franz Botens vom Imkerverband Rheinland-Pfalz dar. Auch die gemessene Pestizidmenge ist größer. Bis 2016 waren Pestizidrückstände überwiegend in Blütenpollen zu finden. Dort allerdings waren 96,1 % der Proben belastet. „80 % davon sind streng genommen nicht verkehrsfähig“, so Franz Botens. Klaus Eisele, Vorsitzender des Imkerverbandes Rheinland-Pfalz, appelliert an die Agrarminister in Bund und Ländern, zügig die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die fertig erprobte, innovative Drogleg-Technik bei der nächsten Rapsblüte im Frühjahr 2018 flächendeckend zum Einsatz kommt. *mn*



Mit dem Verordnungsomnibus rauscht der Milchmarkt zu geänderten Regeln

Foto: Maclatz/pixelio



## Keine Schweine in Hassleben

Das Verwaltungsgericht Potsdam hat die Genehmigung für die Schweinemastanlage in Hassleben mit 37.000 Plätzen Mitte Oktober aufgehoben. In dem Verfahren ging es um die Rechtmäßigkeit des Genehmigungsbescheids. „Obwohl das Urteil am Ende nicht aufgrund der erheblichen Tier- und Artenschutzprobleme fiel, sondern bereits bauplanungsrechtliche Mängel zum Entzug der Genehmigung führten, ist es ein voller Erfolg“, sagte Renate Seidel, Vizepräsidentin des Deutschen Tierschutzbundes. Aus Sicht des Klägeranwalts Peter Kremer ist die Anlage auch im Fall einer geänderten planungsrechtlichen Situation aufgrund der vielen aus Sicht des Tier- und Umweltschutzes relevanten Missstände nicht genehmigungsfähig. Das Verwaltungsgericht (VG) Potsdam hat die Genehmigung deshalb aufgehoben, weil die Anlage ohne einen Bebauungsplan nicht hätte genehmigt werden dürfen. Die Berufung vor dem Oberverwaltungsgericht (OVG) Berlin-Brandenburg und damit den Gang in die nächste Instanz ließ das VG nicht zu. *mn*



Schöne neue alte KTG-Welt

Foto: KTG

## Hofreiter 2.0

Er ist wieder da. Siegfried Hofreiter, gegen den noch die Hamburger Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts auf Insolvenzverschleppung, Untreue und Betrug im Zusammenhang mit seinem Landwirtschaftsimperium der KTG agrar ermittelt, nachdem er den 40.000 ha-Betrieb letztes Jahr in die Pleite gewirtschaftet hatte, ist zurück im Business. Laut Ostsee-Zeitung tauchte er im Sommer wieder an der Biogasanlage in Welzin auf Usedom auf und ist dort seit August 2017 offiziell als Vorstand der Landgut Welzin AG, eines landwirtschaftlichen Betriebs mit Ackerbau und Tierhaltung zumindest zum Teil auch ökologisch, eingetragen. Im Vorstand ist auch seine Ex-Frau Beatrice Ams, mit ihr baute der bayrische Bauernsohn Hofreiter in den vergangenen 30 Jahren sein verzocktes Agrarimperium auf. Während er in seiner regensburgischen Heimat noch mit einer Legebatterie und einer Chinchillafarm scheiterte, inzenierte er sich im Osten mit der KTG als Ökoakteur mit Biomühle für Raps und Soja und als regionaler Erzeuger auf tausenden Hektar. Nun findet sich sein Name auch im Aufsichtsrat in zwei Stralsunder Firmen: der JWM Immobilien AG und der Ectus Verwaltungs AG. Nach Informationen des Wirtschaftsmagazins *Capital* spinnt Hofreiter mit Hilfe von Getreuen weitere Firmenfäden. In der Gemeinde Postlow bei Anklam spielte das Dorf Görke schon zu KTG-Zeiten als Sitz mehrerer Firmen eine Rolle. In der dortigen Agrarproduktions GmbH ist Hofreiters Sohn aus der Ehe mit Ams Mitgesellschafter. Ebenfalls in Görke – unter derselben Adresse – gibt es seit August die Firma Stroh Express, nach eigenen Angaben ein „zuverlässiger Lieferant für Qualitätsstroh“. Eigentümerin und Geschäftsführerin ist nach *Capital*-Recherchen Hofreiters neue Lebensgefährtin, Jessica Konopka. Die Dienstleistungsfirma Agroservice Nord-Ost firmiert auch unter der Adresse in Görke. Als Eigentümerin ist im Handelsregister – man ahnt es – Hofreiters Ex-Lebensgefährtin Beatrice Ams, eingetragen. *cs*

## Dörfer ohne Bauern

Anhaltende Strukturen der DDR-Agrarwirtschaft im Osten Deutschlands

Viele Emotionen waren im Spiel, als über strukturelle und personelle Kontinuitäten aus der ehemaligen DDR auf einer Veranstaltung in der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Berlin debattiert wurde. Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V. (AbL), sprach darüber, dass keinesfalls der Mantel der Geschichte über vergangenes Unrecht gedeckt werden dürfe, da die Strukturen des Unrechtes weiter bestünden. Zur Zeit der Wende habe die AbL versucht, den Kern bäuerlicher Landwirtschaft mit einer breiten Streuung von Eigentum und vielen kleinen, mittleren, aber auch großen Betrieben, an Akteure der ostdeutschen Landwirtschaft zu bringen. Stattdessen sei diese mittlerweile geprägt von Strukturwandel, ausgeräumten Landschaften und Bodenpreisen, die größtenteils nur noch von außerlandwirtschaftlichen Unternehmen zu bezahlen seien. Dies sei ein Alarmsignal, das für eine Reform der EU-Direktzahlungen spreche. Statt Betriebe mit den größten Flächen müsse man jene Betriebe fördern, die gesellschaftliche Leistungen für die Umwelt erbrächten.

### Verantwortung

Viele der großen Betriebe seien Nachfolgebetriebe der damaligen LPGen, die zum Ende der DDR früh gelernt hätten, kapitalistisch zu denken, um nach der Wende ein Weiterbestehen zu sichern, erläuterte Dr. Jens Schöne als stellvertretender Landesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen. Dabei hätten früh Kontakte zum Deutschen Bauernverband West bestanden. Bei seinem Eingangsstatement erinnerte sich Wolfgang Vogel, Präsident des Sächsischen Landesbauernverbandes e.V., an seine Zeit als LPG-Vorsitzender: „Wir hatten eine soziale Verantwortung für unsere Mitarbeiter!“, betonte er in Bezug auf die ruinöse Situation der Landwirtschaft der damaligen DDR zur Zeit der Wende. Zudem hätten die LPGen und die daraus hervorgegangenen Nachfolgebetriebe mit Alt-schulden zu kämpfen gehabt. Damit wies er den von Schöne geäußerten Vorteil der LPGen gegenüber Neueinrichtern zurück. Uneinig waren sich Schöne und Rechtsanwältin Catherine Wildgans über die Umsetzung des landwirtschaftlichen Anpassungsgesetzes, das die Bodenreformen und die Kollektivierungen während der DDR-Zeit durch Zurückgabe der Flächen bzw. Entschädigungszahlungen rückgängig machen sollte. Während Schöne behauptete, dass eine Mehrheit alle Ansprüche entgolten bekommen habe, entgegnete Wildgans, dass noch viele Verfahren offen seien. Sie

wies zudem darauf hin, dass nach der Wende viele ehemalige Eigentümer, deren Flächen in einer LPG kollektiviert worden waren, auf eine Klage zunächst verzichtet hätten. Grund dafür seien auch Be-teuerungen der LPG-Vorsitzenden gewesen, dass Ansprüche später geklärt werden würden, da die Flächen essentiell für ein Weiterbestehen der Betriebe seien.

### Wachsen oder weichen

Heute seien Betriebe in Ostdeutschland fünfmal größer als in Westdeutschland, folgerte Moderatorin Catarina Zanner. Zudem seien in einigen Kreisen 37 % der landwirtschaftlichen Flächen in außerlandwirtschaftlicher Hand, so Janßen. Der Staat habe nicht nur eine Wächter-, sondern in Zeiten einer Krise auch eine Schutzfunktion, so Janßen. Ein Beispiel sei das niedersächsische „Agrarstrukturverbesserungsgesetz“, das den Landwirten ein Vorkaufrecht sichere. Von Wildgans sowie in Beiträgen aus dem Publikum wurde allerdings darauf hingewiesen, dass viele außerlandwirtschaftliche Gesellschaften das Gesetz zu umgehen wüssten und außerdem das Vorkaufrecht nur dann gelte, wenn Landwirte in der Lage seien, den gleichen Preis zu zahlen wie der Höchstbietende. Um bäuerliche Landwirtschaft mit gesellschaftlicher Unterstützung weiterhin möglich zu machen, müsse die Politik des „Wachsens oder Weichens“ einer Agrarpolitik zugunsten der Bäuerinnen und Bauern weichen, so Janßen weiter. Nur so sei der Bedeutungsverlust des ländlichen Raumes aufzuhalten. Vogel widersprach vehement, er ließe sich von Janßen die Entwicklung der ostdeutschen Dörfer nicht vorschreiben. Die Betriebsgröße sei nicht entscheidend, vielmehr ein gutes Management und eine gute Wertschöpfung, denn „bäuerliche Produktion kommt vom Herzen“, so Vogel. Zuhörer warfen dem Deutschen Bauernverband ein „Zuschachern“ ehemaliger SED-Posten bei der Gründung des Verbandes vor – zum Nachteil der Interessen von Bäuerinnen und Bauern. In seinem Schlusssstatement brachte Schöne ein, dass trotz Urbanisierung und Globalisierung der ländliche Raum nicht zu vernachlässigen sei – sonst dürfe man sich über jüngste Wahlergebnisse nicht wundern. „Wem gehört der Osten?“, Titelfrage der Veranstaltung, wurde wohl von Georg Janßen am deutlichsten beantwortet: 1,8 % der Betriebe erhielten 30 % der Direktzahlungen. Eine solche Konzentration sei „nicht vermittelbar“, so Janßen.

Dorothea Niemann,  
Studentin der Geographie



**Betriebsspiegel:**

Gemischtbetrieb;  
100 ha, davon 78 ha Ackerland;  
Achtgliedrige Fruchtfolge: Ackerbohnen,  
Dinkel, Roggen, Klee gras, Winterweizen,  
Hafer, Sonnenblumen, Sojabohnen;  
30 Mutterkühe (Deutsch-Angus), 60  
Stück Jungvieh, Ochsen; 4 Schweine, 3  
Ziegen, verschiedene Kleintiere;  
Hofladen, Seminarraum, Erlebnisbauern-  
hof für Schulklassen

**E**s war einmal eine Bäuerin eines großen Hofes. Sie war schon in jungen Jahren Witwe geworden, und weil sie mit ihrem Mann sehr glücklich gewesen war, wollte sie nie wieder heiraten. Es fehlte ihr zwar nicht an Freiern, aber sie glaubte, die liebten sie nicht um ihrer selbst willen, sondern um ihres schönen Hofes willen.

Sie hatte auf ihrem Hof einen jungen Knecht, der war sehr tüchtig, beriet sie

in allen Fragen, war ihr auch sonst immer zur Hand, so dass sie bald gar nicht mehr ohne ihn sein konnte. Ja, den hätte sie eigentlich doch gern zum Mann genommen und sie merkte auch, dass sie ihn von Herzen gern hatte. Aber wie konnte sie – zu damaligen Zeiten – als Frau zu einem Mann sagen: Ich will dich. Und er, als ihr Knecht, konnte das auch nicht sagen. Nun war sie aber eine kluge Frau und der Sankt-Nikolaus-Tag stand vor der Tür. Da bat sie ihn, er solle wie zu Kinderzeiten seine Pantoffeln an den Kamin stellen, vielleicht würde der Heilige ja etwas hineinlegen. Der junge Knecht wollte nicht so recht, aber schließlich war sie die Herrin und er musste tun, was sie wollte.

Am anderen Morgen hatte er seine Pantoffeln längst vergessen. Als er in die Küche kam, um seinen Kaffee zu trinken, sah er die Bäuerin mit nackten Füßen in seinen Holzpantoffeln stehen und sie schaute ihm freundlich lächelnd fest ins Gesicht.

Ja, was heißt jetzt das? Ein bisschen hat's gedauert, aber dann hat er es verstanden. Bald haben die zwei Hochzeit gefeiert und sie sind recht glücklich geworden miteinander. Hat's doch jeder geschafft, mutig für sich zu sorgen und dabei klug mit dem anderen umzugehen.“

Ja, und ich hoffe, dass die Bäuerinnen und Frauen heutzutage noch genauso erfinderisch sind wie damals, damit sie zu dem kommen, was sie wollen – und

dass sie nicht vergessen haben zu fragen: Was will ich denn überhaupt? Und weil weibliche List zu uns gehört, dürfen wir sie klugerweise auch einsetzen. Doch Weisheit, Demut und das Gefühl des rechten Zeitpunktes sind Voraussetzungen für's Gelingen.

Neben Biobäuerin bin ich auch Märchenerzählerin und arbeite in Seminaren mit Volksmärchen. Märchen sind die in Bilder gefassten Weisheiten unserer Vorfahren. Meist ermutigen uns die Märchenheldinnen, dem eigenen inneren Weg nachzuspüren, ihn zu korrigieren oder den Herzensweg sicher und lebensfroh weiter zu gehen. Manchmal kann vom Kopf her Verstandenes durch ein Märchenbild erst richtig begriffen werden, so dass es im Herzen und der Seele ankommt und Knoten sich auflösen dürfen. Gerade in unserer kopflastigen Zeit können uns die Märchen nachhaltiger, weil innerlich, ansprechen und uns in einen intensiven Kontakt mit unserem Selbst entführen.

**Die kluge Bäuerin**

**D**as ist ein Film von Bäuerinnen und Bauern und den Mitgliedern des Agrarbündnis Traunstein/ Berchtesgadener Land. „Genau, da habt ihr Recht, alles hängt in der Welt zusammen“, das sagen uns die Leute nach der Filmvorführung – für uns ein Kompliment, denn daran zeigt sich, dass wir die Menschen zum Nachdenken bringen. Wir wollten Menschen bewegen und haben dies mit bewegten Bildern versucht. Seit Jahren ist das Agrarbündnis BGL/TS bemüht, Verbraucher und Erzeuger – Bauern und die Gesellschaft - einander näher zubringen und die Unterstützung der Gesellschaft für Veränderungen in der Landwirtschaft zu erlangen. In dieser Runde kam uns die Idee, einen Film zu machen, um andere Menschen als die eh schon „Verdächtigen“ zu erreichen.

Wir fingen an Drehbuch zu schreiben, jeder war für seinen Teil verantwortlich: AbL, BDM, Weltladen, Bund Naturschutz, Imker, Slow Food, etc. Nun galt es, die Themen in Verbindung zu bringen und aufzuzeigen, dass alles miteinander zusammenhängt: die Art unserer Landwirtschaft und unseres Verhaltens als Verbraucher mit dem Bienensterben, dem Milchpreis, den Überschwemmungen, der Armut in der Welt, dem Rückgang der Artenvielfalt, dem Klimawandel usw. – die Liste lässt sich schier endlos fortführen. Mit Erwin Mertl fanden wir einen Amateurfilmer, der zum Glück nicht jede Stunde berechnete, sonst wäre die Idee schon an der Finanzierung gescheitert. Weiloisierendwiazamhängd zeigt das



*Theresia Kreppold,  
86551 Wilpersberg/Aichach*

**Weiloisierendwiazamhängd**

Schöne unserer Heimat im Chiemgau und Rupertiwinkel und führt vor Augen, was wir alles zu verlieren haben, wenn die Entwicklung so weiter geht. Nun begannen die Dreharbeiten; die meisten von uns standen zum ersten Mal in ihrem Leben vor einer Kamera. Dies war zwar einerseits sehr schwierig, aber genau das macht den Film authentisch und vielleicht auch ein bisschen sympathisch. Den Zeitaufwand haben wir komplett unterschätzt. Neben den Dreharbeiten mussten noch die Off-Texte geschrieben und eingepasst werden. Jede Sekunde Text musste mit den Bildern abgestimmt werden. Aus 20 Stunden Filmmaterial 90 Minuten machen und dabei immer wieder kürzen,

damit er nicht zu lang wird. Zwei Jahre haben wir gebraucht, bis er endlich fertig war. Jeder spielte sich selbst, als Bauer (übrigens sind sieben der zehn mitwirkenden Bauern und Bäuerinnen AbL-Mitglieder), Imker, Waldbesitzer, Naturschützer, etc. und wir redeten alle, wie uns der Schnabel gewachsen ist. Das bringt uns nun die Notwendigkeit ein, Untertitel einzuarbeiten. Mehr als 10.000 Menschen haben den Film in unserer Region schon angeschaut und wir haben Anfragen aus Regionen, wo man der bayerischen Sprache nicht so mächtig ist. Wir freuen uns jedes Mal über den Zuspruch der Besucher. Auch das motiviert uns, weiterzumachen mit unserem Engagement für eine

Landwirtschaft, die gut ist für uns Bauern, für die Umwelt, für alle Menschen in der Welt, für unsere Kinder und Enkelkinder.

*Schorsch Planthaler,  
83454 Anger*

**Betriebsspiegel:**

Fürmannalm:  
Biobergbauernhof auf 900m  
16 ha Grünland  
24 Pinzgauer Rinder,  
Mutterkuhhaltung und Ochsenmast  
Berggastwirtschaft  
Bienenvölker  
Bauerngarten



# Weder Bauern noch Ferkel verlieren

Viele Faktoren spielen zusammen beim Thema freie Abferkelung

Eine der größten Herausforderungen, wenn es um den Umbau der Tierhaltung oder konkret um gesellschaftlich gewünschte Veränderungen in der Schweinehaltung geht, ist die Frage des freien Abferkelns. Finanziell sowieso: Sauenhalter wirtschaften am Ende der Wertschöpfungskette und damit im Markt der letzten Jahrzehnte oft am Rande der Wirtschaftlichkeit, ohne Förderung können sie den Umbau nicht wagen. Aber auch inhaltlich: Der sogenannte Ferkelschutzkorb, in dem die Sau in den meisten konventionellen Ställen von kurz vor der Geburt bis zum Absetzen der Ferkel, also rund vier Wochen lang, fixiert ist, ist nicht nur negatives Symbol für die konventionelle Sauenhaltung, mit dessen medialer Präsentation gesellschaftliche Aufregung produzierbar ist. Er ist auch tatsächlich fast die größte Einschränkung im Bereich Tierverhalten bei Schweinen, die der Mensch diesen zumutet. Sauen haben einen stark ausgeprägten Nestbautrieb, den sie in einer konventionellen Bucht nicht ausleben können. Zudem vermeiden es Schweine

im allgemeinen sich in ihren Exkrementen abzulegen, im Ferkelschutzkorb bleibt der Sau nichts anderes übrig, mehr noch, sie muss ihre Ferkel dahinein gebären. Ihre Möglichkeiten der Kontaktaufnahme mit den Ferkeln ist eingeschränkt, erst recht jegliche Bewegungsmöglichkeit außer Aufstehen und Abliegen. Den Einschränkungen der Sau steht das Argument des Ferkelschutzes gegenüber. Ließe man die Sau sich während der Abferkelung und der Säugeperiode frei bewegen, würden unverhältnismäßig mehr Ferkel erdrückt, so die gängige Lehrmeinung. Tote Ferkel sind im wahrsten Sinne des Wortes ein Totschlagargument, jedes tote Tier ist eins zu viel. Trotzdem ist es eben nicht so einfach, wie Kritiker des freien Abferkelns es sich oft machen.

## Wie zählen?

„Freie Abferkelung nur unter dem Gesichtspunkt der Ferkelverluste zu beurteilen, ist fachlich nicht zu rechtfertigen. In diesem System sind unter optimalen Bedingungen sehr gute Leistungen möglich, die Anzahl der tot gebo-

renen Ferkel ist geringer und die Geburtsdauer kürzer als bei fixierten Sauen“, schreiben die österreichischen Agrarwissenschaftler Werner Hagmüller und Ulrike Minihi in einem Artikel des Magazins von Bio-Austria. Und nicht nur Jan Hempler, Berater für ökologische Schweinehaltung, weist darauf hin, dass am Ende der Aufzuchtperiode die Zahlen der Verluste zwischen konventioneller und freier Abferkelung gar nicht groß auseinanderliegen. Offenbar sind eine Vielzahl von Faktoren verantwortlich dafür, wie die Verlustraten zustande kommen, darüber sind sich die meisten Experten einig. Los geht es schon damit, wie und ab wann gezählt wird. Es gilt als offenes Geheimnis, dass gerade bei den immer größeren Würfen in konventionellen Ställen nicht selten die lebend geborenen Ferkel erst am nächsten Tag gezählt werden, wenn ganz lebensschwache nicht mehr dabei sind. Überhaupt die großen Würfe: Sie gelten, wenn auch nicht als der, so doch zumindest als ein wesentlicher Grund für die ja auch in der konventionellen Haltung mit zehn oder 15 % nicht niedrigen Verlustraten. „Auch wenn man mit konventionellen Bauern spricht, sagen die: ‚Wir wollten die Riesenwürfe nicht‘“, sagt Hempler. Es habe sich da in den vergangenen 25 Jahren ein Züchterwettbewerb des „Immer höher, schneller, weiter“ entwickelt, insofern findet er es umso wichtiger, dass mit dem FreeSow-Projekt vom Bundeshybridzuchtprogramm (BHZP) erstmals Selektionsmerkmale wie das Tierverhalten oder Gesundheit und Wohlergehen in Freilaufbuchten entwickelt und dann auch in die Zuchtarbeit eingearbeitet werden. „Hinsichtlich des genetisch determinierten Tierverhaltens werden nunmehr Merkmale relevant, die jahrzehntlang keine Beachtung gefunden haben, bedeutungslos waren und eher beiläufig in eine entgegengesetzte Richtung entwickelt wurden“, heißt es in einer Projektbeschreibung. Bislang galt fast ausschließlich das Diktat des Marktes, soll heißen, das Zuchtziel einer hohen Anzahl Ferkel.

## Rationalisierung

Ein Sau hat meist 12 funktionierende Striche; gebiert sie 22 Ferkel, egal in welcher Abferkelbucht, stellt das den Sauenhalter vor Probleme. Hinzu kommt, dass mit wachsenden Würfen die Geburtsgewichte der einzelnen

Tiere abnehmen, also die Wahrscheinlichkeit, dass mehr kleinere, nicht so vitale Ferkel dabei sind, wächst. Diese sind dann eher potentielle Erdrückungsoffer in Freilaufbuchten. Hinzu kommt der Faktor Betriebsgröße: Wer weniger gleichzeitig ferkelnde Sauen im Betrieb hat, kann schlechter durch Umsetzen der Ferkel extreme Wurfgrößen ausgleichen. Damit Freilaufbuchten gut funktionieren, müssen sie größer sein als konventionelle, sie sollten mehr als 7,5 Quadratmeter messen. Damit wird, je nachdem, wo die Sau ferzelt, der Weg für die Ferkel zum beheizten Ferkelnest weiter. Wärme ist aber neben der Kolostrumaufnahme eins der wichtigsten Kriterien für einen guten Start ins Leben. Bei all dem kommt dann – umso stärker in freien Abferkelsystemen – der Faktor Mensch ins Spiel. Tierbeobachtung bei der Sau, schnelles Eingreifen bei den Ferkeln – doppelt so viel Zeit brauche man im Freilaufstall wie im konventionellen, sagt Ralf Bussemas vom Thünen-Institut für ökologischen Landbau in Trenthorst. Er sieht im Ferkelschutzkorb und einem konventionellen Festhalten daran denn auch in erster Linie eine arbeitswirtschaftliche Rationalisierungsmaßnahme, die unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten ungern aufgegeben wird. Sie spart den Bauern und Bäuerinnen Zeit und Geld in einem Markt, der mehr als eng ist. Hinzu kommen erhebliche Investitionskosten für Freilaufbuchten und eine Stallbauindustrie, die bislang hauptsächlich mehr oder weniger gute Kompromisslösungen anbietet. Die konventionelle Haltung erspart letztendlich den Bauern und Bäuerinnen auch eine intensivere inhaltliche Auseinandersetzung. In Freilaufbuchten wirken weitere Faktoren stärker: die Bodenbeschaffenheit, Luftführung, Temperaturführung im Sauenbereich wie im Ferkelnest, die Eiweißversorgung der Sau, die Anordnung von Nest, Kotgang, Auslauf zueinander, das Alter der Sau, die Säugezeit, die Mütterlichkeit. Ein Projekt in Nordrhein-Westfalen soll nun auf 14 Biobetrieben untersuchen, welche all dieser Einflussfaktoren im Hinblick auf die Ferkelverluste wichtiger sind als andere. Denn eine komplexe Betrachtung tut not, zu einfach machen es sich die, die bei der freien Abferkelung nur reflexartig auf Erdrückungen gucken, aber auch die, die meinen, man müsse einfach nur die Sau rauslassen.



Schlafen an der Milchbar und potentiellen Erdrückerin - so soll es eigentlich nicht sein.

Foto: cs

cs



# Wert bäuerlicher Strukturen

Bauernstimmen zu Anforderungen und Chancen einer Jamaika-Koalition

Die Sondierungsgespräche zwischen CDU, CSU, FDP und Grünen für eine neue Regierungsbildung nach der Bundestagswahl nehmen Fahrt auf. Idealerweise sollte das gegenseitige Abklopfen früher oder später in Koalitionsverhandlungen münden und zu konkreten Vereinbarungen führen. Landwirtschaft ist zusammen mit Verbraucherschutz als einer von zwölf Themenblöcken festgesetzt worden. Den ländlichen Raum zu stärken und tragfähige Perspektiven für Leben und Arbeiten zu entwickeln, war direkt nach der Wahl parteiübergreifend als dringliches Aufgabengebiet ausgemacht worden. Ein zentraler Bestandteil der ländlichen Regionen ist die Landwirtschaft, insbesondere die Vielzahl der bäuerlichen kleinen und mittleren Betriebe vor Ort. „Landwirtschaft ist das Rückgrat des ländlichen Raums“, betont Ottmar Ilchmann, Milchbauer in Ostfriesland, „denn wer macht die erste Stufe der Lebensmittelwertschöpfung, wenn nicht die Bäuerinnen und Bauern? Und Gewerbe- und Handwerksbetriebe müssen überhaupt Kunden generieren können. Mit kleinem Anschlag aufbauen auf das, was an Wertschöpfung und Strukturen vorhanden ist, wird letztlich auch günstiger sein, als zu versuchen, Arbeitsmöglichkeiten durch Ansiedlung von Industrie auf dem Land neu zu etablieren.“

## Leitlinien für Weiterentwicklung

Günther Völker, westfälischer Sauenhalter, skizziert die zu erwartenden Ergebnisse der Parteiengespräche als richtungsweisend, aber noch wenig konkret: „Zunächst werden Themen gesetzt und Vereinbarungen für Leitlinien getroffen. Dabei wird es auch um eine Landwirtschaft gehen, bei der wir uns mehr als bisher um das Tierwohl kümmern – aber auch um mehr Naturschutz, gerade vor dem Hintergrund des aktuell diskutierten Insektenschwunds. Auch die Verhandlungen zur Gemeinsamen europäischen Agrarpolitik (GAP) werden zweifellos angesprochen werden, denn davon ist mindestens teilweise der Finanzierungsbereich betroffen.“ Der Umbau der Tierhaltung erfordert vor allem ein strategisches Vorgehen mit klaren Zielmarken und Übergangszeiträumen. Dazu gehört nach Vorstellungen der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) auch ein tragfähiges Finanzierungskonzept mit frischem Geld (siehe Seite 6), damit die Veränderungen mit einer wirtschaftlichen Perspektive insbesondere für bäuerliche Betriebe einhergehen und so

die Vielfalt der Höfe auf dem Land erhalten und fördern. Parallel und mit ganz ähnlichem Druck zur Veränderung steht auch in der Flächenwirtschaft ein Umsteuern an, hin zu mehr naturverträglichem, klimaschonendem Ackerbau, der Vielfalt gezielt einzusetzen weiß.

## Anreize und Honorierung

Völker ist sich sicher: „Die Bauern und Bäuerinnen sind da weiter als so manche Funktionäre, gucken sich um, probieren aus. Denn für alle ist der Weg vorgezeichnet. Einen Stillstand wird es nicht geben. Die Umsetzung von Leitlinien entscheidet sich im Einzelnen dadurch, wie die Verteilung und die Ausgestaltung der Ministerien sein wird.“ Auch für Josef Schmid, Milchbauer aus Niederbayern, ist die Tierhaltung ein wichtiges Anliegen: „Die Entwicklungen hin zu einer industriell geprägten, zunehmend gewerblichen Tierhaltung werden von der Öffentlichkeit überhaupt nicht mehr toleriert. Deswegen müssen wir umsteuern. Aber praxisnah und nicht im Hauruckverfahren, denn schließlich ist die jetzige Entwicklung auch über Jahrzehnte und politisch gefördert entstanden. Nun muss eine an die Fläche gebundene, vernünftige Tierhaltung bevorzugt gefördert werden – um bisherige Benachteiligungen aufzuheben und Anreize zu setzen.“ Dazu gehört für ihn auch die Integration von mehr Klee gras statt Mais in die Flächenbewirtschaftung, genauso wie eine Aufwertung der ökologisch wertvollen Grünlandstandorte und ihrer Nutzung für eine artgerechte und grundfutterbetontere Form der Rinderfütterung. Bezogen auf entscheidende Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft betont Schmid zudem: „Die neue Bundesregierung wird über die Zukunft der Förderpolitik im Rahmen der GAP entscheiden. Hier müssen wir dringend von der pauschalen Flächenförderung weg. Da sehe ich sogar schon einen gewissen Konsens, dass das bisherige Modell gesellschaftlich nicht mehr akzeptiert wird und damit keine Zukunft hat. Denn statt sinnvolle Anreize zu geben und gesellschaftlich erwünschte Leistungen zu honorieren, beschleunigt die bisherige Flächenprämie den Strukturwandel, verzerrt den Wettbewerb zugunsten der ohnehin schon Begünstigten und belohnt die Grundbesitzer.“ Die AbL schlägt als Methode zur Umgestaltung der Direktzahlungen aus der sogenannten ersten Säule der GAP ein Punktesystem zur Qualifizierung vor (siehe Kasten).



Nicht zuletzt geht es für einen belebten, aktiven ländlichen Raum darum, jungen Menschen Perspektiven für ein Leben und Arbeiten vor Ort in der Landwirtschaft und in ländlichen Wertschöpfungsketten zu ermöglichen und zu stärken. Für Phillip Brändle, Gemüse- und Ackerbauer bei Berlin, ist dafür neben der Anbindung an Infrastruktur und Kommunikationsnetze vor allem die Qualität der Arbeitsplätze wichtig: „Hier finden z. T. große, spezia-

lisierte Ackerbaubetriebe keine Leute mehr, um ihren Maschinenfuhrpark am Laufen zu halten. Was wir brauchen, sind mehr erfüllende, vielseitige und verantwortliche Tätigkeiten. Wir brauchen so was wie eine Willkommenskultur für junge Menschen und vielfältige Betriebe mit sozialen Bindungen vor Ort.“ Elisabeth Fresen, die in Niedersachsen als Mutterkuhhalterin den elterlichen Hof über-

Fortsetzung Seite 12 unten

## AbL: Direktzahlungen per Punktesystem qualifizieren

Bisher lassen die Direktzahlungen als das finanzstärkste Instrument der GAP fast vollständig außer Acht, wie stark die Betriebe bereits gesellschaftliche Leistungen erbringen und zur Lösung bestehender Herausforderungen beitragen. Die AbL schlägt ein Punktesystem vor, um die Mittel zu qualifizieren und gezielt zur Honorierung vielfältiger Kulturlandschaften, gesunder Böden und Gewässer und des Tierwohls einzusetzen. Das ersetzt nicht die Förderung von Maßnahmen der zweiten Säule für z.B. Ökolandbau, tierschutzbezogene Stallbauförderung, Naturschutz oder regionale Verarbeitung und Vermarktung.

Um die grundlegenden Leistungen der Betriebe zu ermitteln, zieht die AbL 18 konkrete Leistungskriterien heran, die sich weitgehend aus den heute schon erfassten einzelbetrieblichen Daten ableiten. Die Kriterien sind aufgeteilt in solche der Flächenwirtschaft und der Tierhaltung und umfassen z. B. Vielfalt der Fruchtfolge, vielfältige Flächenstruktur sowie Flächenbindung der Tierhaltung und Außenklima. Jedes der aufgeführten Kriterien wird mit einer Höchstzahl an Punkten gewichtet (z. B. 40 Punkte für eine vielfältige Flächenstruktur). Je stärker ein Betrieb ein Kriterium abdeckt, umso mehr Punkte bis zur höchstmöglichen Punktzahl erhält er. Die insgesamt erreichten Punkte gehen dann in die Berechnung der betriebsindividuellen Direktzahlung ein. Diese setzt sich aus einer Leistungsprämie Tierhaltung, einer Leistungsprämie Flächenwirtschaft und einer leistungsbezogenen Basisprämie zusammen. Für die Leistungsprämie Flächenwirtschaft werden die Punkte aus den Flächenkriterien mit der Hektarzahl des Betriebes multipliziert. Analog wird für die Leistungsprämie Tierhaltung die Punktezahl aus den Tierhaltungskriterien mit den Großvieheinheiten des Betriebes multipliziert. Um aus den Punkten zu einem Eurobetrag zu kommen, wird jeder Punkt zunächst mit einem Euro bewertet. Weil aber der finanzielle Aufwand für eine Leistung je Hektar bzw. je Tier mit zunehmender Hektar- bzw. Tierzahl sinkt, wird ein Degressionsfaktor ab einer Schwelle von z. B. 200 ha oder 200 Großvieheinheiten einbezogen. Für einen zusätzlichen Anreiz, gegebenenfalls Wirtschaftsweisen entsprechend der erwünschten Leistungen umzustellen, gehen die oben errechneten Kriterienpunkte zusätzlich in eine leistungsbezogene Basisprämie je Betrieb ein. Sie wird berechnet, indem für die ersten 30 Hektar und für die ersten 30 Großvieheinheiten des Betriebs ein Prämienaufschlag von z. B. einem halben Euro je Punkt gewährt wird. Das setzt auch das klare Signal, dass für die Weiterentwicklung unserer Landwirtschaft gerade auch die kleineren und mittleren Betriebe gewünscht und gebraucht werden. cw



# Wer lässt jetzt die Sau raus?

Länderagrarminister zaudern zwischen Bundes- und Landtagswahl

Außer Spesen ist es am Ende nicht viel gewesen, was die Länderagrarminister auf ihrer Herbstkonferenz im niedersächsischen Lüneburg zu Stande gebracht haben. Vielleicht war es der pittoreske Ort – mittelalterliche Gemäuer an alter Wasserstraße –, vielleicht die im Vergleich zu früheren Konferenzen wenigen und mehr verzweifelt als kämpferisch wirkenden Milchbauern und -bäuerinnen vom Bundesverband deutscher Milchviehalter, vielleicht war es auch einfach die zeitliche Lauerposition, eingeklemmt zwischen einer Bundestagswahl mit verstörendem Ergebnis und einer Landtagswahl im Gastgeberland mit unklarer Gewinnerperspektive. Die Melange aus all dem ließ einige Hoffnungen des Gastgebers, Noch-Landwirtschaftsminister Christian Meyer von den Grünen, nicht wahr werden. Da war vor allem sein Wunsch nach einem Signal in Bezug auf das große Ganze – die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik. Meyer hatte noch direkt vor der AMK auf seiner Bilanzpressekonferenz ein Szenario entwickelt, wonach es sehr wohl sinnvoll und möglich sein könnte, als Bundesländer Wegweisendes in Sachen GAP 2020 zu beschließen, obwohl oder gerade weil der Bund als späterer Umsetzer personell derzeit faktisch eine Leerstelle ist. Auch 2013 habe man diese Situation der unmittelbar vorher passierten Neuwahlen im Bund gehabt und Wegweisendes, nämlich den Aufschlag auf die ersten Hektare, auf der AMK beschlossen, warum solle also nicht auch jetzt ein Beschluss möglich sein, der dem Bund etwas in die Feder diktiert, so Meyers Gedanken. Mangelte es den Ministern und Ministerinnen dann an Mut dazu oder liegen die Positionen – Meyer will die Abkehr vom Zwei-Säulen-Modell und ein „neues Leitmotiv: Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“, während mindestens einige schwarze und rote Kollegen bauernverbandskonform am Bestehenden festhalten wollen – eben doch zu weit auseinander? Schlussendlich wurde der Punkt von der Tagesordnung ge-

nommen. Ebenso wie die vielleicht ebenso wichtige, aber zeitlich drängendere Causa Kastenstand. Offizielle Begründung ist, dass der Bundesrat sich mit den Auswirkungen der gerichtlichen Ablehnung der in der Praxis verbreiteten Maße bei den Kastenständen im Deckzentrum von Sauen befasst. Inoffiziell wollte wohl die CSU als Noch-Bundesministeriumsbesitzer keinen Erfolg mehr für einen eventuell kurz vor der Abwahl stehenden grünen Minister, der für sich auch im Wahlkampf in Anspruch nahm, derjenige zu sein, „der die Sau raus lässt“. Denn Meyer, nicht Schmidt, war der Initiator eines Aufschlags zur Reform der Nutztierhaltungsverordnung, der nicht an Zentimetern bei Kastenständen rumdoktoriert, sondern eine Perspektive für eine gesellschaftlich akzeptiertere Sauenhaltung mit klaren Rahmenbedingungen für Bauern und Bäuerinnen gewesen wäre. Dass das Bundesministerium kurz nach dem niedersächsischen Ministerium mit ähnlichen Vorstellungen an die Öffentlichkeit ging, das heißt, die inhaltlichen Vorstellungen gar nicht weit auseinander liegen und durchaus verhandelbar gewesen wären, half dann auch nicht

mehr. Die Leidtragenden sind die Bauern und Bäuerinnen, die nun noch wieder unnötigerweise Monate auf verlässliche Rahmenbedingungen warten müssen. Auch Milchkriseinstrumente schafften es nur in Protokollerklärungen einzelner Länder, nicht in einen gemeinsamen Beschluss. Den gab es zu – vermeintlich – politisch unverfänglicheren Themen, wie der Umgang mit der Afrikanischen Schweinepest, die vom Bund gewollte und von den Ländern abgelehnte Kürzung der GAK-Fördermittel oder gar die EU-Ökoverordnung. Für letztere wollen die Länder eine Ablehnung durch den Bund, wenn der Trilog-Entschluss so bleibt, wie er ist.

## Grüne Kompetenz

Schon bevor die Minister und Ministerinnen angereist waren, hatte das niedersächsische Agrarbündnis, ein breiter gesellschaftlicher Zusammenschluss aus Bauern, Verbrauchern, Naturschutz und Eine-Welt-Organisationen mit öffentlichen Aktionen klar gemacht, worauf es in der Agrarpolitik auf Länder- wie auf Bundesebene jetzt ankommt: eine gerechtere Verteilung der Agrarzahungen zugunsten bäuer-

licher Betriebe, die Tiere und Umwelt schützen und auch in unruhigen Zeiten für Stabilität im ländlichen Raum sorgen. Niedersachsens scheidender Minister Meyer kam in einem verbandsübergreifenden Bilanzcheck seiner Politik nicht schlecht weg, vieles Positive sei auf den Weg gebracht, konstatierten die Agrarbündnis-Verbandsmitglieder. Förderung für Ringelschwänze, Weidehaltung, Hühnermobile, den Ökolandbau, den Leguminosenanbau, die Biodiversität und den Bienenschutz stehen auf der Haben-seite. Die konsequente Umsetzung des noch von seinem CDU-Vorgänger Gert Lindemann initiierten Tierschutzplans war zentraler Bestandteil der von Christian Meyer propagierten sanften Agrarwende. Er wollte die Bauern und Bäuerinnen mitnehmen, nicht nur die Verbraucher. Das gelang ihm nicht immer, wenn auch augenscheinlich immer öfter, je länger er im Amt war. Am Ende attestierten ihm und den Landesgrünen in Umfragen mehr Menschen in Niedersachsen agrarpolitische Kompetenz als der im Agrarland Nummer eins eigentlich unantastbaren CDU. cs



Niedersachsens Vielfalt im Agrarbündnis in Lüneburg bei der AMK

Foto: Schievelbein

Fortsetzung von Seite 11

nehmen möchte, fügt hinzu: „Ich halte es für wichtig, dass Zusammenschlüsse und Gemeinschaften von Bauern und Bäuerinnen vor Ort viel stärker gefördert werden – nicht nur, um gemeinsam ein Marktgewicht aufzubauen und die eigenen Produkte gut zu vermarkten, sondern

auch, um nicht allein dazustehen, sich über gesellschaftliche Themen auszutauschen, über die Gruppe eingebunden zu sein.“

## Chance für Perspektiven

Es gibt viel anzupacken. Wie passt das zu einer wahrscheinlichen Jamaika-Koalition?

Nicht nur für Ilchmann liegt darin eine große Chance: „Wenn sich die verschiedenen Parteienspektren zusammenraufen müssen, könnte es gelingen, einen gesellschaftlichen und politischen Konsens für die zukünftige Entwicklung der Landwirtschaft zu erreichen, der über den nächsten Wahltermin hinaus Bestand

hat. Das ist, was Bäuerinnen und Bauern unbedingt brauchen. Schließlich müssen in dem Spannungsfeld der z. T. diffusen gesellschaftlichen Forderungen einerseits und der Weltmarktorientierung andererseits wirkliche wirtschaftliche Perspektiven für die Landwirtschaft geschaffen werden.“ cw



# Der Wert vieler kleiner Flächen für die Vielfalt

Vorteile von Landwirtschaft in kleinen Strukturen für Artenvielfalt und Ökosystemleistungen

Eine aktuelle Studie, die auf einen massiven Rückgang von Insekten in der Landschaft hinweist, wird von zahlreichen Medien aufgegriffen und bringt das Thema Biodiversität – und was sie gefährdet oder unterstützt – in die öffentliche Aufmerksamkeit. Neu sind die Studienergebnisse des Forschungsteams um Caspar Hallmann von der niederländischen Universität Radboud indes nicht – aber eine Konkretisierung mit selten langfristiger Betrachtung. Auf Grundlage von 96 Datensätzen des Entomologischen Vereins Krefeld aus den letzten 27 Jahren wurde ein Modell entwickelt, um die jährliche Entwicklung des Insektenvorkommens abzuschätzen. Gemessen worden war in verschiedenen Naturschutzgebieten Deutschlands die totale Biomasse vorhandener Fluginsekten im Jahresverlauf. Demnach ist seit 1989 ein Rückgang der totalen Fluginsektenbiomasse um 76 Prozent zu verzeichnen – ein drastischer Insektenschwund als bisher angenommen. Die Wissenschaftler haben außerdem verschiedene mögliche Ursachen in ihrer Auswertung geprüft, konnten jedoch weder für Veränderungen des Wetters noch der Landnutzung oder der Habitateigenschaften entscheidende Einflüsse ausmachen. Verschiedene vorangegangene Studien weisen jedoch auf den bedeutenden Einfluss einer sich verändernden Bewirtschaftung durch zunehmende Intensivierung, einhergehend mit dem Verlust von vielfältigen kleinräumigen Strukturen, hin.

## Miteinander vernetzt

Den Stand der Dinge zur Entwicklung der Biodiversität hatte u. a. das Bundesamt für Naturschutz (BfN) in seinem Agrar-Report 2017 umfassend zusammengestellt. Auch hier wird ein massiver Insektenschwund benannt. Als unmittelbar parallele Entwicklung wird neben abnehmenden Populationsdichten von Ackerwildkräutern insbesondere die Situation der Vögel angesprochen. Hier gingen vor allem solche Arten zurück, die bei der Brutaufzucht auf das Nahrungsangebot von Insekten und Spinnen angewiesen sind. Bei Offenlandarten ist langfristig der größte Bestandsrückgang zu verzeichnen – besonders bei auf Grünland spezialisierten Arten und insgesamt vor allem bei Bodenbrütern. Deutlich wird die besondere Stellung der Insekten als Nahrungsgrundlage, als zentraler Bestand-

teil der Nahrungsketten. Hinzu kommen entscheidende Auswirkungen auf Wild- und Nutzpflanzenarten. Letztere, als menschliche Nahrungsgrundlage, sind zu rund 80 Prozent auf Bestäubung durch Insekten angewiesen.

## Strukturverarmung als Ursache

Die Bedeutung von Insekten wurde von der Bundesregierung auf Anfrage von Abgeordneten der Grünen-Bundestagsfraktion im Sommer 2017 als hoch eingestuft, weil sie eine wichtige Stellung für Stoff- und Energieflüsse in Ökosystemen einnehmen sowie an verschiedensten Ökosystemdienstleistungen beteiligt seien. Für die Landwirtschaft seien insbesondere die Beiträge zur Humusbildung und Bodenfruchtbarkeit und die Bestäubungsleistung in Wert zu setzen. Im Zusammenspiel könnten einige Insekten die schädigenden Einflüsse anderer regulieren und so den Einsatz und die Kosten für Insektizide senken. Die Ursache für den Insektenschwund sei auf einen vielfältigen „Komplex unterschiedlicher Faktoren“, entsprechend den Darstellungen des BfN-Agrar-Reports, zurückzuführen: „Danach wirkt sich die Intensivierung der Landwirtschaft auf die Vielfalt der Insekten aus, da sie zu einer Strukturverarmung der Landschaft sowie zu einem Rückgang des Blütenangebots für Bestäuber führt, so dass viele Insekten ihre Nahrungsgrundlagen und Habitate verlieren. Das Nährstoffüberangebot, die Einengung der Feldfruchtwahl, die Homogenisierung und Vergrößerung der Schläge und der damit verbundene Rückgang von Randstrukturen und Blühstreifen sowie die gestiegene Anwendung von Pflanzenschutzmitteln werden als wesentliche Einflussfaktoren genannt.“ Bemerkenswert ist außerdem, dass der Artenschwund zwar in Offenland- und Agrarlandschaften besonders stark voranschreitet, der Rückgang jedoch auch in ausgewiesenen Naturschutzgebieten stattfindet, wie Hartmann und Kollegen feststellten. Letztlich blieben Schutzgebiete immer Bestandteil der Gesamtlandschaft, so dass sich allgemeine Veränderungen dort ebenfalls auswirkten. Deshalb und weil insbesondere in Agrarlandschaften die Ziele der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt verfehlt werden, stuft es das BfN in seinem Report als unbedingt notwendig ein, zukünftige Entwicklungen am Ziel einer naturverträglichen,



Vielfalt auf der Wiese

Foto: angieconscious/pixelio

standortangepassten Landwirtschaft auszurichten.

## Kleinstrukturiert ist Öko ebenbürtig

Einen wichtigen Zusammenhang hat dazu eine Göttinger Forschergruppe um Dr. Péter Batáry festgehalten und im Sommer 2017 veröffentlicht: Zur Förderung der Biodiversität in Form von Pflanzen- und Gliedertiervorkommen seien die Leistungen einer klein strukturierten Landwirtschaft gleichwertig bis höher zu bewerten als die Umstellung auf ökologische Wirtschaftsweise. Der Wert liege in der Vielzahl an Randstrukturen, die als Übergänge die größte Artenvielfalt beherbergen. Zu Vergleichen zogen die Wissenschaftler die historisch unterschiedlich geprägte Landwirtschaftsstruktur von West- und Ostdeutschland heran, jeweils ergänzt um die Unterschiede zwischen ökologischer und konventioneller Bewirtschaftung der Flächen. So wiesen die ökologischen Flächen jeweils im Vergleich zu konventionellen in räumlicher Nähe mit gleichen Strukturen eine höhere Biodiversität auf. Die klein strukturierten konventionellen Flächen waren jedoch der ökologisch großflächigen Landbewirtschaftung im Bezug auf die Artenvielfalt überlegen. Eine gleichzeitig durchgeführte ökonomische Auswertung zeigte deutlich, dass sich der Wert kleiner, bäuerlich konventioneller Strukturen wirtschaftlich für die Betriebe nicht widerspiegelt: Die Großstrukturen im Osten, mit geringeren variablen Kosten, verzeichneten einen

durchschnittlich um 50 bis 60 Prozent höheren Gewinn pro Hektar als die kleineren Strukturen im Westen. Die ökologischen Betriebe erreichten insbesondere durch ihre besseren Vermarktungsperspektiven durchschnittlich um 100 Prozent höhere Gewinne pro Hektar als die konventionellen Betriebe – wozu die staatliche Förderung der ökologischen Wirtschaftsweise nur zu einem kleinen Anteil beiträgt. Eine zukünftige Ausrichtung der EU-Förderpolitik an der Unterstützung und Umgestaltung von Agrarlandschaften hin zu kleinen Flächen und vielen Feldkanten könne eine ökonomisch machbare Möglichkeit darstellen, um die Biodiversität der Agrarflächen zu verbessern, so die Forscher: ein wissenschaftliches Plädoyer zur Berücksichtigung des Wertes einer Vielzahl bäuerlicher Betriebe mit kleinen und mittleren Strukturen. *cu*

## Zum Nachlesen:

Caspar Hallmann u. a. (2017): *More than 75 percent decline over 27 years in total flying insect biomass in protected areas.* In: *PLoS ONE* 12 online

BfN: *Agrar-Report 2017 zur biologischen Vielfalt in der Agrarlandschaft*

Péter Batáry u. a. (2017): *The former iron curtain still drives biodiversity-profit trade-offs in German agriculture.* In: *Nature Ecology and Evolution*, Vol.1, S.1279-1284



# Gutes tun für Biene, Hummel & Co

Wie Bäuerinnen und Bauern auf ihren Flächen Blüten und Insekten fördern können

Die Not der Insekten sorgt aktuell für aufrüttelnde Schlagzeilen. Von einem „dramatischen Insektensterben“ ist darin die Rede. Über die Folgen dieses starken Rückgangs der Insekten wird nun ebenso diskutiert wie über seine Ursachen. Die Bedeutung der Insekten für unsere Landwirtschaft ist enorm. Allein die Bestäubungsleistung von Honigbienen wird vom Deutschen Imkerbund auf rund zwei Milliarden Euro in Deutschland beziffert. Andere Blütenbestäuber wie Wildbienen, Schwebfliegen etc. sind in dieser Zahl noch nicht berücksichtigt und ebenso wenig die biologische Schädlingsregulierung durch Nützlingsinsekten. Dass Landwirte als größte Flächennutzer einen bedeutenden Einfluss auf die

Fruchtanbau (z. B. Leindotter-Gemenge) und Untersaaten (z. B. Weißklee unter Sommergetreide) darstellen. Die Anlage von angesäten Blühmischungen im Ackerbau mit Trachtpflanzen, also Pflanzen, die Pollen oder Nektar – oder am besten beides – spenden, können gezielt in die Fruchtfolgen eingebaut werden. So können eingesäte Blühstreifen zur Auflockerung der Kulturen, als Zwischenfrüchte oder als speziell abgestimmte Nützlingsstreifen kurzfristig und effektiv gute Trachtquellen darstellen. Dabei sind diese Maßnahmen ackerbaulich und ökonomisch vernünftig und nachhaltig.

Besonderen ökologischen Wert haben mehrjährige Stilllegungen. Blühmischungen, die auf eine Standzeit von drei bis fünf Jahren angelegt sind, können dank ihrer vielfältigen Zusammensetzung aus einjährigen Kulturpflanzen und mehrjährigen Wildpflanzen vielen verschiedenen Blütenbesuchern sowie allen Tieren der Feldflur Nahrungs- und Lebensraum bieten. Um für hochspezialisierte Arten, wie beispielsweise Wildbienen mit einer kurzen Flugdauer, ein Nahrungsangebot darzustellen, ist es von Bedeutung, dass der Anteil der Wildpflanzen aus gebietsheimischer Herkunft stammt.

## Gebietsheimische Wildpflanzen

Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen zeigen, dass die Verwendung gebietsfremden Saatgutes gravierende Folgen auf unsere Artenvielfalt haben kann. Deutlich messbar werden solche Veränderungen beispielsweise durch verschobene Blühzeitpunkte gebietsfremder Pflanzen gegenüber ihren lokal heimischen Verwandten. So zeigt eine Untersuchung am Beispiel von einigen Nahrungspflanzen für Wildbienen, dass der Blühzeitpunkt um bis zu zwei bis drei Wochen verschoben sein kann. Dies kann für Wildbienen, die eine kurze Flugdauer von wenigen Wochen haben und auf wenige Nahrungspflanzen spezialisiert sind, bedeutende Folgen für den Fortbestand der Art haben. Die positiven Effekte gebietseigener mehrjähriger Wildpflanzenmischungen beschränken sich nicht nur auf die Blüten, sondern diese Mischungen bieten das ganze Jahr über Eiablage- und Puppenplätze für Insekten, wie z. B. Schmetterlinge, und reiches natürliches Futter für Vögel. Für Bäuerinnen und Bauern erfordern solche Maßnahmen Mut zur geplanten Unordnung auf ih-



Überlegen, wo Blüten auf dem Acker Platz haben

Foto: Holger Loritz

## BienenBlütenReich

Mit diesem Projekt unterstützt das NBL landwirtschaftliche Betriebe und Kommunen, die durch angesäte Blühflächen die Nahrungsgrundlage von Blütenbesuchern verbessern wollen. Beratung, kostenloses Saatgut und Begleitung bei der Öffentlichkeitsarbeit ist Beitrag des NBL. Die Partner stellen frei zugängliche Flächen zur Verfügung, legen diese an und bieten eine Führung an. Jetzt Partner im BienenBlütenReich werden:

[www.mellifera.delbienenbluetenreich](http://www.mellifera.delbienenbluetenreich)

Situation der Blüten besuchenden Insekten nehmen, steht für das Netzwerk Blühende Landschaft (NBL) außer Frage. Seit über vierzehn Jahren setzt sich das NBL dafür ein, die Stimme unserer summenden Mitlebewesen zu stärken. Dieses Ziel verfolgt das NBL seither unter anderem, indem es über die Vielfalt und die Lebensbedingungen der Blütenbestäuber aufklärt. Dazu wurden umfangreiche Handlungsempfehlungen erarbeitet, stetig aktualisiert und betreffenden Akteuren kostenlos zur Verfügung gestellt. Welche vielfältigen Möglichkeiten Landwirte haben, um die Honigbiene – und natürlich auch andere Blütenbesucher – zu fördern, wird im Folgenden dargestellt.

## Räume zum Leben

Hecken, Wegränder, Ackerrandstreifen und ungenutzte Böschungen können dauerhafte wertvolle „Trachtinseln“ und Lebensraum für Insekten darstellen. Wirkungsvolle Maßnahmen auf Produktionsflächen können Misch-

ren Flächen. Zudem gilt es genau abzuwägen, an welcher Stelle mehrjährige Ansaaten mit Wildpflanzen sinnvoll sind. Ungeeignet ist beispielsweise ein Acker, auf dem bereits Ackerwildkräuter angesiedelt sind. Eine Förderung dieser Arten wäre an dieser Stelle sehr viel wirksamer. Eine extra Ansaat mit Wildpflanzen auf einer ungünstig gelegenen Ecke eines Schlags oder als Streifen entlang eines Feldes kann dagegen eine wertvolle Maßnahme darstellen.

Anne-Kathrin Spatz,  
Netzwerk Blühende Landschaften

## Infos und zum Nachlesen:

Eine Übersicht zu Fördermöglichkeiten insektenfreundlicher Maßnahmen durch Agrarumweltprogramme sowie weitere praktische Hinweise, insektenfreundliche Saatgutmischungen und Bezugsquellen finden sich unter Handlungsempfehlungen bei [www.bluehende-landschaft.de](http://www.bluehende-landschaft.de) [http://deutscherimkerbund.de/163-Bienen\\_Bestaebung\\_Zahlen\\_die\\_zaehlen](http://deutscherimkerbund.de/163-Bienen_Bestaebung_Zahlen_die_zaehlen) Blog-Beitrag unter [www.mellifera.de](http://www.mellifera.de): „Blühstreifen – Synergien zwischen Umweltschutz und landwirtschaftlicher Nutzung“ von H. Loritz

## Tote Zone im Golf von Mexiko größer denn je

Die National Oceanic and Atmospheric Administration, eine US-Behörde, die u. a. für die Messung von Wasser- und Luftverschmutzung zuständig ist, hat festgestellt, dass die „tote Zone“ im Golf von Mexiko größer ist als je zuvor. Sie misst inzwischen mehr als 22.000 km<sup>2</sup> und ist damit größer als das Bundesland Hessen. Die biologisch tote Zone befindet sich im Mündungsgebiet des Mississippi und entsteht durch die extremen Mengen von Nährstoffen wie Phosphor und Nitraten, die von den landwirtschaftlichen Flächen besonders im Mittleren Westen der USA über den Fluss in den Golf von Mexiko geschwemmt werden. Der Nährstoffüberfluss führt zu einer unkontrollierten Algenentwicklung, die den im Wasser verfügbaren Sauerstoff aufbraucht. Seit über 20 Jahren wird daran gearbeitet, die Ausdehnung der toten Zone zu verringern – die US-Behörden setzen jedoch allein auf freiwillige Maßnahmen der Landwirtschaft zum Wasserschutz wie z. B. Randstreifen an Bach- und Flussufern und eine Reduktion der Düngermengen. Die Umweltorganisation Environmental Working Group hat festgestellt, dass im Mittleren Westen inzwischen das Trinkwasser von sieben Millionen Menschen erheblich mit Nitraten belastet ist. ml



# „Glyphosat ist out“

Neuorientierung in Sachen Ackerbau gefragt

**W**ar Monsanto bislang eine Nummer zu groß? Und Glyphosat, des Konzerns ureigenster Wirkstoff, als meist eingesetztes Pestizid der Welt zu wichtig, um ernsthaft in Gefahr zu geraten? Viel zu stark ist Glyphosat Teil eines globalen Ackerbausystems – und damit ist nicht nur der amerikanische Gentechnikbau auf Glyphosatbasis gemeint. Viel zu überzeugt sind Interessenvertreter, Politiker, aber auch Bauern und Bäuerinnen davon, dass es ohne schlicht „einfach nicht mehr geht“. Sonst hätten die gesellschaftliche Stimmung, die mindestens wissenschaftlichen Zweifel an den Gesundheitsbeeinträchtigungen sowie die negativen Auswirkungen auf die Biodiversität wahrscheinlich längst dafür gesorgt, dass Glyphosat als Fehlgriff der Geschichte in selbiger gelandet wäre. Aber Glyphosat ist eben nicht nur irgendein chemischer Baustein der konventionellen Landwirtschaft, als den ihn viele Bauern und Bäuerinnen verteidigen, sondern Schlüssel für ein fast von der Natur unabhängiges, durchrationalisiertes Ackerbausystem, als das ihn die weitaus mächtigere industrielle Landwirtschaft protigiert. Sollte allerdings nun tatsächlich doch der Einstieg in den Ausstieg durch das EU-Parlament eingeleitet werden, so zeugt das auch davon, dass in Europa noch mehr passiert ist. „Glyphosat ist out“, sagt Jan Wittenberg, Ackerbauer im AbL-Bundesvorstand. „Längst haben Ackerbauern herausgefunden, wie man Lebensmittel erzeugen kann, ohne den Ackerboden mit Glyphosat zu behandeln. Mehr Vielfalt in der Fruchtfolge und eine intelligentere Verteilung der Kulturen sollten dazu mit moderner Technik in der mechanischen Bodenbearbeitung verbunden werden. Auch die konservierende Bodenbearbeitung, die nachhaltig das Bodenleben fördert, ist ohne den Einsatz eines Totalherbizides möglich und sinnvoll. Die Verteidigung eines gesellschaftlich nicht gewollten, schädlichen Pflanzenschutzmittels aus reiner Gier nach Profit kann von den Bauern nicht mehr mitgetragen werden.“

## Viele Quellen

Auf politischer Ebene habe sich inzwischen eine Dynamik entwickelt, sagt Astrid Österreicher, Mitarbeiterin der grünen EU-Abgeordneten Maria Heubuch, die weit über die Causa Glyphosat hinausgehe, so werde die Praxis der Risikobewertungsverfahren kritisch angeguckt, die Verbindlichkeit des integrierten Pflanzenschutzes gefordert. So hat das Zaudern ob der Größe der Entscheidung, die jahrelange Debatte, die inzwischen zu einem Siechtum geworden ist, wohl auch etwas

Gutes: Viel ist offenbar geworden über Entscheidungsprozesse in der EU, die Lobbyarbeit eines Konzerns, der schon lange um die tönernen Füße weiß, auf denen seine Argumentation ruht und – nimmt man die veröffentlichten Internas aus den Monsanto-Papers ernst – Seriosität erkaufte und Gesundheitsrisiken negiert hat. Aber auch an die Seite der Kritiker gibt es den Vorwurf, in dem erbitterten jahrelangen Prozess einen Wissenschaftler, der sich als unabhängig dargestellt hat, bezahlt zu haben. So viel zur Unabhängigkeit der Wissenschaft, was nur den Schluss zulässt, dass Zulassungsprozesse immer aus ganz vielen Quellen ihre Informationen sammeln sollten, nicht mehr jedenfalls – wie bisher – nur aus der Hand des antragstellenden Konzerns. „Wenn politische Entscheidungen über die Zulassung von Wirkstoffen von wissenschaftlichen Studien der Produktproduzenten abhängen, wird deutlich, dass wir in Europa in diesen Bereichen keine unabhängige Forschung mehr betreiben“, so SPD-EU-Parlamentarierin Maria Noichl. Sie führt weiter aus: „Konzernstudien als alleinige Entscheidungsgrundlage sind untauglich!“

## Keine Verantwortung

Die Debatte um das Ackerbausystem, in dem der Boden mehr oder weniger nur noch Substrat ist, bereinigt durch Chemie, nährstoffmäßig befüllt durch Mineraldünger und bestellt mit dem Saatgut der finanziell lukrativsten Marktfrucht, wäre ohne den Prozess um Glyphosat vielleicht auch nie so geführt worden wie jetzt. „Kein Stoff steht so sehr für die Agrarindustrie wie das Pflanzengift Glyphosat. Doch

Pflanzengifte und Monokulturen zerstören die Artenvielfalt. Das agrarindustrielle Modell ist nicht modern, es ist mörderisch“, schreibt Maria Heubuch in einer Presseerklärung. Das ist es vor dem Hintergrund der jüngst veröffentlichten Langzeitstudie zum Verlust von über 70 % der Insekten in knapp 30 Jahren, die Bestäuber, Nahrungsgrundlage für Vögel und damit essentiell für unser Ökosystem sind. Der Bauernverband verwahrt sich sofort vor Unterstellungen bezüglich der Verantwortung der Landwirtschaft, anstatt einzugestehen, dass bestimmte Praktiken der Landwirtschaft nachgewiesenermaßen negativ auf die Umwelt wirken.

## Abgeschrieben

Mörderisch ist das agrarindustrielle Modell aber auch vor dem Hintergrund, dass jahrzehntelang Agrarförderung jene belohnt hat, die den agrarindustriellen Ackerbau perfektioniert haben und damit bäuerliche Betriebe zur Aufgabe zwingen. Wenn aber genau diese letzteren nun bedauern, dass mit Glyphosat auch ein Helfer in Sachen Ampfer- und Queckenproblemen im Ackerbau mit Fruchtfolge, Zwischenfrüchten und oder bodenschonender Mulchsaat fehlt, machen sie sich zum Steigbügelhalter derer, die ihnen wirtschaftlich das Wasser abgraben und sie auch noch gesellschaftlich in Misskredit bringen. Und falls sich tatsächlich jemand um die fehlende Rendite Monsanto's Sorgen machen sollte, der kann beruhigt werden: Wahrscheinlich hat man dort schon längst mit Glyphosat abgeschlossen und etwas Neues entwickelt, betriebswirtschaftlich abgeschrieben ist das gute alte Roundup schon lange. cs

## BASF kauft Saatgutanteile

Bayer will Monsanto für 66 Milliarden US-Dollar übernehmen. Wettbewerbsbehörden wie das US-Kartellamt oder die EU-Kommission haben aber Bedenken geäußert, weil durch die Fusion Bayer zum „weltweit größten integrierten Unternehmen der Branche“ werde. Die EU-Kommission äußerte „ernsthafte Zweifel“ und leitete am 22. August eine vertiefte Prüfung ein, weil sie einen „wirksamen Wettbewerb“ bezweifelt. Mitte Oktober wurde eine schon länger anvisierte Transaktion verschiedener Sparten von Bayer/Monsanto an die BASF zum Kaufpreis von 5,9 Mrd. Euro vereinbart, sofern die Fusion tatsächlich stattfindet. Mit im Topf ist Bayers globales Totalherbizidgeschäft mit Glufosinat-Ammonium, das unter den Marken „Liberty“, „Basta“ und „Finale“ vermarktet wird. Dazu kommen Raps-hybride in Nordamerika (Marke „InVigor“), und das Raps-geschäft in Europa. Zudem soll die BASF das „globale Baumwoll-geschäft“ bekommen – aufgenommen sind Indien und Südafrika. Auch Sojamärkte in Nord- und Südamerika werden verkauft sowie die „Trait-Forschung und Züchtungskapazitäten“ von Bayer in allen drei Kulturen und bei Liberty. Wie viel Marktanteil das tatsächlich ist, lässt sich so leicht nicht sagen. Es gibt keine offiziellen Statistiken. Zudem arbeitet die BASF schon seit zehn Jahren mit Monsanto bei der Entwicklung von GV-Nutzpflanzen zusammen. Ob das Angebot also der EU-Wettbewerbskommission ausreicht, ist fraglich. av



Auch Glyphosat ist Teil des Artensterbens

Foto: Nürnberger

# Freiheit für wen?

Eine Kritik des „freien Handels“ mit Plädoyer für regionalere Wirtschaftsstrukturen

Das weltweite Ernährungssystem hat in den letzten Jahrzehnten einen Prozess einer geradezu atemberaubenden Konzentration durchlaufen. Noch bis in die 70er Jahre hatten wir eine große Vielfalt regionaler Märkte, regional wirtschaftender Erzeuger, regionaler Preisbildung. Davon kann man heute nicht mehr sprechen. Wir haben es heute mit einem von multinationalen Konzernen dominierten System zu tun, einem Corporate Food Regime, gekennzeichnet durch globalisierte Lieferketten, getrieben von der Logik der Konzerne und immer weniger von demokratisch kontrollierter Politik im Interesse der Allgemeinheit. Die Konsequenzen sind drastisch: Nicht nur immer mehr Bauernhöfe haben aufgegeben und die verbliebenen werden immer größer. Das ist nur eine Facette.

## Einseitige Handelsstrategie

Schauen wir uns die ganze Branche an: Drei Unternehmen liefern mehr als 50 % der Agrartechnik weltweit. Vier Konzerne kontrollieren den Düngemittelmarkt außerhalb Chinas. Nach der anstehenden Fusionswelle werden drei Konzerne mehr als 60 % des Saatgut- und Pestizidbereichs kontrollieren. Fünf große Handelskonzerne kontrollieren 70 % des Getreidehandels. Auch in der Verarbeitung und im Einzelhandel ist die Konzentration und Oligopolisierung in vollem Gange, gerade 50 Firmengruppen kontrollieren inzwischen mehr als 50 % des weltweiten Umsatzes mit der Herstellung und Verarbeitung von Lebensmitteln. Parallel dazu steigt der Einfluss von Finanzinvestoren in diesen Konzernen.

Mehrheiten für einen solchen bei-

spiellosen Konzentrationsprozess hätte es in einem offenen demokratischen Diskurs nie gegeben. Die Verbraucher wollen längst etwas anderes. Die Entstehung dieses Corporate Food Regimes ist kein Naturgesetz. Ohne massive politische Rückendeckung hätte es diese Entwicklung nie gegeben. Globale Lieferketten funktionieren nur, wenn man mit Freihandelsabkommen die Märkte öffnet, notfalls auch gegen massiven öffentlichen Widerstand. Genau darum geht es in der Handelspolitik der EU, aber auch anderer großer Handelsblöcke wie etwa der USA.

Die EU und ihre Mitgliedsregierungen, alle, von ganz links bis ganz rechts, haben noch etwa 20 Abkommen in der Pipeline, mit den Mercosur-Ländern Südamerikas, mit Australien, Neuseeland, Japan, Indien, den Philippinen, Indonesien, Tunesien, Marokko, Mexiko, afrikanischen Ländern und so weiter. Und bei allen geht es um dasselbe: weitere Marktöffnung in den Bereichen, wo es noch relevante Märkte zu öffnen gibt, also vor allem Agrar und Dienstleistungen, sowie um weitere Deregulierung, Regulierungen mögen im öffentlichen Interesse sein, gelten aber als Handelshemmnisse. Diese Handelspolitik folgt weiterhin den Grundzügen einer Strategie der EU-Kommission aus dem Jahr 2006, genannt „Global Europe“. Sie war damals eine Reaktion auf den vielzitierten Stillstand in der Welthandelsorganisation WTO, der in Wirklichkeit vor allem ein erfolgreicher Widerstand der Entwicklungsländer gegen die kompromisslose Liberalisierungsgaganda von EU und USA ist. Noch im Herbst 2015 wur-

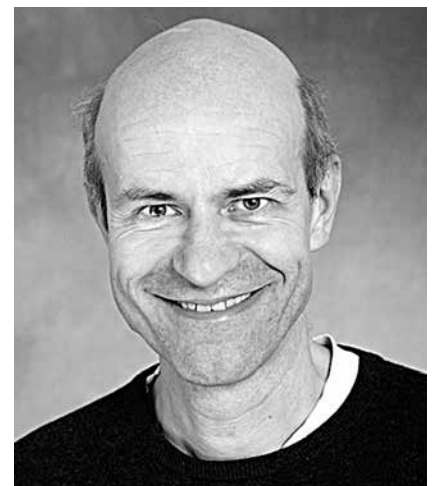
den die Ziele dieser Strategie von der Kommission bekräftigt.

## Widerstand im Ernährungssektor

Im Agrarsektor sind die Widerstände besonders groß, der Widerstand gegen TTIP fing bekanntlich auch mit dem Essen an. Erklärtes Ziel ist die weitere Senkung der Erzeugerpreise und das heißt im Klartext die weitere Industrialisierung der Landwirtschaft, denn mit diesem Preisdruck können bäuerliche Erzeuger überall auf der Welt nicht mithalten. Die EU versucht, vor allem Fleisch- und Milchmärkte in Asien, den Philippinen, Japan usw. zu öffnen, um für die agrarindustrielle Überproduktion in der EU neue Märkte zu finden. Deswegen ist der Widerstand in Japan und anderen asiatischen Ländern gegen die Freihandelsabkommen vor allem unter den Bauern stark, weil sie diese Abkommen als das begreifen, was sie sind: eine Kampfansage an die bäuerliche Landwirtschaft. Die hat man dort noch weitgehend, in der Region für die Region, und ihren Außenschutz will die EU unbedingt knacken. Vor kurzem ist in Japan eine Milchmarktreform beschlossen worden, mit der der japanische Milchsektor wettbewerbsfähiger gemacht werden soll, um für das EU-Abkommen fit zu werden und um den Widerstand in Japan gegen das Abkommen zu schwächen. „Wettbewerbsfähiger“ heißt dann industrialisieren, völlig egal, ob Japans Verbraucher und Bauern so etwas wollen. Neben billiger Massenware aus der industriellen Massentierhaltung geht es in der Tat bei den Exportplänen der EU sehr stark auch um verarbeitete Qualitätsprodukte – aber aus entwicklungspolitischer Sicht ist das nicht minder problematisch: Gerade in den sogenannten wertschöpfungsintensiven Produkten liegen eben auch die Potenziale für Arbeitsplätze, wirtschaftliche Perspektiven für diese Länder. Es ist doch ein Irrsinn zu glauben, „wir“ müssten die Welt ernähren.

## Konkurrenzkampf aller gegen alle

Mit den geplanten Freihandelsabkommen mit den Agrarexportländern Südamerikas sowie mit Australien und Neuseeland, aber auch mit CETA soll umgekehrt die europäische Landwirtschaft unter weiteren massiven Preisdruck gesetzt werden. Davor hat ja selbst der Bauernverband richtig Muffensausen. Der globale Wettbewerb aller gegen alle, schrankenlos durchgesetzt, bedeutet einen regelrechten Preiskrieg, Roulettespiel mit der Zukunft der Landwirtschaft und



Jürgen Maier

Foto: Forum U&E

ist damit anachronistisch, wird aber politisch vorangetrieben. Für viele Entwicklungsländer sind die Folgen dieser Politik fatal. Vor 30 Jahren noch waren 30 Länder Netto-Nahrungsmittelimporteure, heute sind es 110. Wie sollen sich solche Länder jemals erfolgreich entwickeln, wenn sie darauf angewiesen sind, mit ihren knappen Devisen Nahrungsmittel zu kaufen, abhängig auf Gedeih und Verderb von den Preisschwankungen der Weltmärkte? Vorbei sind die Zeiten der Handelsabkommen von Lomé oder Cotonou, mit denen die EU ihre Märkte für afrikanische Exporte geöffnet hatte, ohne dieselbe Öffnung von den Afrikanern zu fordern. Heute zwingen wir sie, ihre Märkte zu öffnen, ohne Rücksicht auf Verluste, und wenn dieselben Regeln für Starke und für Schwache gelten, können Sie sich denken, was dabei herauskommt: Die Starken gewinnen. Diese Handelspolitik ist eine Migrationsursache. Solange wir weiterhin vielen Menschen in anderen Ländern für unsere Exportrekorde die Lebensgrundlagen kaputt machen, werden die Migrationsströme nicht abnehmen, sondern sie werden zunehmen.

## Qualifizierte Handelspolitik

Wir brauchen grundlegende Umorientierung unserer Handels- und Außenwirtschaftspolitik. Der globale Konkurrenzkampf aller gegen alle ist ein Irrweg, die Verwerfungen sehen wir doch überall. Wir müssen unsere Exportrekorde nicht erhöhen, sondern runterfahren, Arbeitsplätze durch mehr regionale Wirtschaftsstrukturen schaffen – und das heißt auch, wir müssen auch einige Märkte wieder regionalisieren, Globalisierung zurückfahren, Marktöffnungen zurücknehmen statt immer mehr Existenzen plattzumachen. Weltmärkte für Smartphones machen Sinn, Weltmärkte für Milch sind Schwachsinn.

Jürgen Maier,

Forum Umwelt & Entwicklung  
Der Beitrag ist gekürzt nach einem Eröffnungsvortrag für die AgrarBündnis-Tagung „Frei und fair?“ 2017



Weltweiter Handel ohne öffentliche Beteiligung zu Lasten der Gesellschaft Foto: Nürnberger



# Nach wie vor Ausbeutung und Ausgrenzung

Arbeit in der deutschen Agrar- und Schlachtindustrie

**W**erden im Jahr 2017 Nahrungsmittel in Deutschland unter korrekten Arbeitsbedingungen erzeugt? Man könnte dies meinen, schließlich wurden hierzu in den vergangenen Jahren zahlreiche neue Gesetze verabschiedet. Infolge breiter Proteste von GewerkschafterInnen, Kirchen, Initiativen und nach zahlreichen Medienberichten insbesondere über die Arbeits- und Wohnverhältnisse in der Fleischindustrie Süd-Oldenburgs wurden Mindeststandards für Wohn- und Arbeitsverhältnisse definiert: ab Januar 2014 für Arbeiterunterkünfte in Niedersachsen, ab Juli 2014 der Mindestlohnvertrag für die Fleischindustrie, ab August 2014 der allgemeine Mindestlohn, ab dem 1. Januar 2015 der Mindestgelttarifvertrag für die Land- und Forstwirtschaft. Kürzlich wurde nachgelegt. Im Juli 2017 trat ein „Gesetz zur Sicherung von Arbeitnehmerrechten in der Fleischwirtschaft“ in Kraft, mit dem u. a. Abzüge vom Lohn für Arbeitsmittel für unzulässig erklärt wurden und eine Generalunternehmerhaftung für Sozialbeiträge eingeführt wurde.

## Fettgürtel Niedersachsens

Die Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg berät Menschen mit fehlenden bzw. geringen Einkommen im „Fettgürtel Niedersachsen“. Unser Angebot unweit zahlreicher Geflügel- und Schweineschlachthöfe und der angeschlossenen Fleischverarbeitungsfabriken von u. a. Danish-Crown, PHW/Wiesenhof, Tönnies, VION wird auch von dort tätigen ArbeiterInnen angenommen. Unzweifelhaft können die genannten Mindestregelungen zumindest als Prüfmaßstäbe dienen. Niemand wird jedoch die in den Mindestlohnregelungen enthaltenen Stundenlöhne von inzwischen rund neun Euro als ausreichend einschätzen. Auch die für Niedersachsen auf dem Papier stehenden Anforderungen an gesunde Unterkünfte für Beschäftigte sind armselig: eine Toilette und eine Dusche mit Warm- und Kaltwasser für je acht Personen, ein Waschbecken für je vier Personen, bei Schlafräumen mit bis zu sechs Betten sind je BewohnerIn mindestens sechs Quadratmeter vorgeschrieben. Dass die Lage vieler ArbeiterInnen bis heute nicht einmal auf diesen Stand verbessert wurde, können wir selbst infolge vieler Beratungsgespräche feststellen und teilen diese Erfahrungen mit anderen Be-

ratungsstellen und Gewerkschaften. Nach Aussagen Betroffener werden ArbeiterInnen auch immer noch von Vorarbeitern rassistisch beschimpft und in einzelnen uns zugetragenen Fällen gar geschlagen. Geändert hat sich die Situation durch die in den letzten Jahren geschaffenen mobilen und mehrsprachigen Beratungsangebote. Regelmäßig veranlassen BeraterInnen Berichte in den örtlichen Medien, die Verwaltung und Politik das Wegsehen nicht mehr so leicht machen. Beschäftigte sagten uns, dass es heute längst nicht mehr so schlimm sei wie früher.

## Arbeitsrecht = Ausbeutungsrecht

Das Arbeitsrecht eröffnet zahlreiche Möglichkeiten, ArbeiterInnen unter Druck zu setzen. Arbeitsverträge sind beinahe grundsätzlich auf wenige Monate befristet, auch beim Einsatz in Fabriken, die das ganze Jahr hindurch produzieren. Oft entspricht die Probezeit der Vertragsdauer. Ergebnis: Wer nicht spurt, wer sich beschwert oder krank wird, fliegt, da Probezeitkündigungen grundlos und quasi von heute auf morgen möglich sind. Aufgrund der Zulässigkeit von Überstunden und der rechtlichen Schlechterstellung von nicht-deutschen EU-Bürgern finden wir Lohnabrechnungen mit Arbeitszeiten weit über 200 Stunden monatlich. Massiv erschwerend kommt für migrantische ArbeiterInnen hinzu, dass in dieser Industrie mit der Vergabe von Aufträgen (Werkverträgen, Serviceaufträgen) und der Leiharbeit die Arbeitgeberverantwortung der eigentlichen Konzerne quasi gen Null reduziert wurde. Für die beim Leih- oder Werkvertragsbetrieb angestellten ArbeiterInnen entsteht hinsichtlich ihres Beschäftigungsverhältnisses ein schwer durchschaubarer Nebel, in dem kaum auszumachen ist, wer denn für Entscheidungen zum Arbeits- und Verwaltungsablauf zuständig oder verantwortlich ist.

## Druck und Unterwerfung

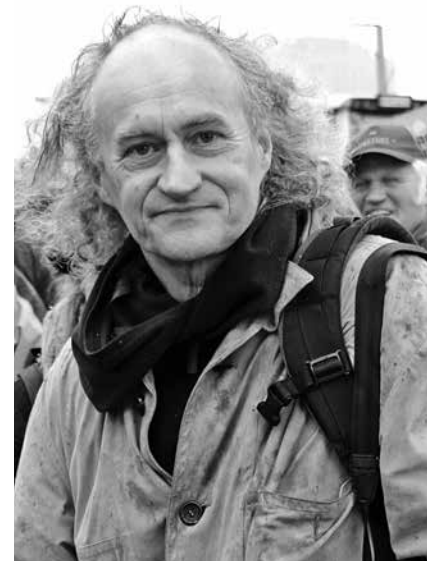
Auf den ArbeiterInnen in den Schlacht- und Zerlegebetrieben lastet auch aufgrund der geforderten Geschwindigkeit ein immenser Druck. „Schneller“, erklärte eine Arbeiterin, ist das erste deutsche Wort, das im Betrieb gelernt wird. Abzüge vom Lohn für Arbeitsmittel oder angebliche Verstöße gegen Hygienevorschriften finden wir zahlreich. ArbeiterInnen trauen sich nicht gegen diese –arbeitsrechtlich schon vor-

der letzten Gesetzesänderung unzulässige – Maßnahme vorzugehen, da sie die sofortige Entlassung fürchten. Allein schon mit diesen Tricks unterlaufen Betriebe selbst den minimalen Mindestlohn. Auf die Einführung des als Stundenlohn definierten Mindestlohns für den Agrarbereich wurde in dieser die Arbeitsleistung an Stück- oder Kilozahlen messenden Branche „kreativ“ reagiert. Parallel zur Einführung des Mindestlohns stiegen die Monatsmieten für das Bett der ErntearbeiterInnen von ca. 100 bis 150 Euro auf 250 bis 300 Euro. Und fortan wurde die Zahl der aufgeführten und bezahlten Arbeitsstunden eben entsprechend der Ernteleistung bestimmt.

Ein gesondertes Thema sind die zahlreichen „Agrarserviceunternehmen“ für die Geflügelmäster, Impf-, Ein- und Ausstallungsbetriebe, unter den ArbeiterInnen „Hähnchengreiferbetriebe“ genannt. In Niedersachsen werden in Ställen jährlich gut 300 Mio. geflügelte Tiere gefangen, die dann zur vorbestimmten Zeit den Schlachthof erreichen müssen. Eine Kontrolle dieser Arbeitsverhältnisse scheint schwierig, wenn überhaupt gewollt. Manche Betriebe kennen weder bezahlte Urlaubstage noch die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Arbeitsverträge fehlen oft, Lohnabrechnungen sind unvollständig oder fehlen ebenfalls. Von einem Ein- und Ausstallungsbetrieb wurde über 20-Stunden-Schichten zusätzlich langer An- und Abfahrtzeiten zu den Einsatzorten berichtet. Ebenso tragen ArbeiterInnen besonders beim Putenfangen oft Verletzungen davon, da sie die stundenlange Arbeit bei Hitze und Nässe im Stall kaum in voller Schutzkleidung leisten können und viele Tiere sich gegen die Fänger wehren. Ganz zu schweigen von den Folgen der ammoniakhaltigen Luft für Haut und Atemwege der ArbeiterInnen.

## Lebensverhältnisse

Das Wohnen in der Arbeiterunterkunft des Arbeitgebers bildet einen Extraknebel. Praktisch ist das Dach über dem Kopf an das Wohlergehen im Betrieb gebunden. Mietverträge gibt es nicht, die Kosten gehen direkt vom Lohn ab. In einer ArbeiterInnenunterkunft im Zentrum Vechtas regnete es gar rein in die 17-Quadratmeter-Zimmer inklusiv Duschecke für 500 Euro pro Monat. Dort waren bei rund 40 BewohnerInnen immerhin vier Kinder unterge-



Guido Grüner

Foto Nürnberger

bracht. Zimmer hatten verschimmelte Wände, was auch von vielen anderen Unterkünften berichtet wird. Offenkundig ist: Die eingangs angesprochenen Mindestwohnstandards nutzen nichts, wenn es keinen Wohnungsbau gibt. Hinzu kommt die nach rassistischen Kriterien betriebene Ausgrenzung migrantischer ArbeiterInnen bei den wenigen vorhandenen Wohnungsangeboten. Der Zugang zu Einrichtungen des Gesundheits- und Bildungssystems scheitert an den dort nicht vorhandenen Sprachmittlern. Wir haben erlebt, dass sich Ärzte auch bei Anwesenheit von Dolmetschern weigern, ArbeiterInnen krank zu schreiben, da diese dann ihrer Meinung nach ihr Aufenthaltsrecht verlieren würden (was nicht zutrifft). Die ArbeiterInnen bräuchten ökonomische Alternativen zum Verlassen ihrer Herkunftsländer, d. h. eine europäische Politik, die die Zerstörung von Erwerbs- und Versorgungsstrukturen durch die Konzentration z. B. der Lebensmittelerzeugung und -verarbeitung in wenigen Ländern beendet und den angerichteten Schaden in vielen Ländern ausgleicht. Die Isolation von migrantischen ArbeiterInnen aufgrund hoher Arbeitsbelastung und fehlender Kenntnisse der deutschen Sprache und oft auch der lateinischen Schrift ist eine zentrale Grundlage für die Ausbeutbarkeit dieser Menschen durch die Ernährungsindustrie. Diese durch eine breite Solidarität zu durchbrechen ist eine wesentliche Voraussetzung, um deren zerstörerische Wettbewerbsfähigkeit einzuschränken.

Guido Grüner, Arbeitslosenselbsthilfe  
ALSO Oldenburg

# Mehr Einfluss war nie!

Die EU-Ökoverordnung durch die europäische Brille betrachtet

Es war der leicht irritierte, kopfschüttelnde Blick Europas auf „die Deutschen, mit ihrer Vorliebe für Worst-Case-Szenarios“, so einer der internationalen Gäste. Und, aber das verbat ihm seine Höflichkeit hinzuzufügen, mit ihrer selbstverständlichen Inanspruchnahme des wichtigsten Platzes im Zentrum mindestens des europäischen Universums. Geladen hatte der grüne EU-Parlamentarier Martin Häusling in die Berliner Vertretung der EU-Kommission zur Debatte um die EU-Ökoverordnung. Jene Never Ending Story, für die er seit nunmehr über drei Jahren als Berichterstatter im EU-Parlament fungiert. Aus einem einhellig von vielen Seiten abgelehnten Kommissionsvorschlag wurde – gerade auch durch die konstruktive Arbeit des Parlaments – ein Trilogkompromiss, den inzwischen viele in Europa als Fortschritt gegenüber dem geltenden Recht sehen. Nicht so die Mehrheit der deutschen Bioszene. Von Anfang an hatte sie sich mit ihrem Sprachrohr, dem Bundesverband Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), mit der Haltung positioniert: Neue Verordnung ablehnen, die bestehende weiter entwickeln. Mit der Diskussion in Berlin wollte die Politik gemeinsam mit europäischen Bioakteuren wohl auch um deutsches Verbandsverständnis werben. Einer der wenigen deutschen Akteure, der den Kompromiss positiv sieht, ist Alexander Beck von der Assoziation ökologischer Lebensmittelverarbeiter (AÖL). „Die Frage ist, welche Probleme müssen wir lösen: die Importfrage, den Umgang mit Abweichungen, eine Situation, in der die Differenzen innerhalb des wachsenden Biosektors in der EU immer größer werden und es dadurch zu immer mehr Wettbewerbsverzerrungen kommt.“ Er lobt ausdrücklich die im Trilogkompromiss verankerte einheitliche Anwendung der EU-Biostandards auf Drittlandimporte. Die Notwendigkeit einer neuen Regelung aufgrund veränderter Bedingungen auf einem boomenden Markt betonten zuvor schon Parlaments-Schattenberichterstatter Norbert Lins von der EVP – „Es ist nicht mehr wie 2009“ – und EU-Kommissionsabteilungsleiter für Ökolandbau, Nicolas Verlet: „Als die alte Verordnung in Kraft trat, gab es noch kaum Bioverarbeitung oder -importe, heute haben wir jeden Tag Anfragen zum Umgang mit Problemstellungen, die im geltenden Recht nicht bzw. in den einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedlich geregelt

sind.“ „50 % der Ware auf dem EU-Biomarkt kommt aus Drittländern“, sagt Martin Häusling und verweist einmal mehr auf den billigen Weizen aus der Ukraine, der sicher auch aufgrund der „schwächeren Vorschriften bei der Erzeugung“ den europäischen Biobauern wirtschaftlich das Leben schwer macht. Peter Röhrig vom BÖLW widersprach: Nicht die bislang geltenden unterschiedlichen Importstandards machten die Probleme, sondern die nicht funktionierende Kontrolle in den Drittländern.

## Hieb- und stichfest

Überhaupt die Kontrolle: zentrales Instrument für Verbrauchervertrauen, aber auch wirtschaftliches Business. Dass also die Kontrollstellen alarmiert sind, wenn der Trilogkompromiss vorliegt, unter bestimmten Bedingungen von der jährlichen Vor-Ort-Kontrolle auf einen zweijährigen Rhythmus umzuschwenken, ist also vielleicht auch dem Selbsterhaltungstrieb geschuldet. Aber auch der anwesende Vertreter der belgischen Kontrollstelle Certisys, Tom Nizet, kritisiert, dass nicht präzise genug definiert ist, welche Bedingungen gemeint sind und was es mit den beschriebenen zusätzlichen Kontrollen in risikoreichen Unternehmen auf sich hat. Hier offenbart sich die unterschiedliche Betrachtungsweise. Während bei uns sofort das Worst-Case-Szenario (90 % der Betriebe fallen aus der jährlichen Kontrolle!) skandalisiert wird, fordert Nizet Präzisierung durch pragmatische Durchführungsverordnungen. Martin Häusling ärgert offensichtlich die hiesige Interpretation: „Das ist nicht das, was wir ausgehandelt haben, die zweijährige Kontrolle wird die Ausnahme sein.“ „Na, wenn es gar nicht so gemeint war, dann schreibt es doch rein“, retourniert Röhrig. Und schon offenbart sich ein weiteres zentrales Dilemma, das auch in dem Punkt Pestizidverunreinigungen sein Konfliktpotential entfaltet. Die Deutschen wollten alles hieb- und stichfest ausformuliert, möglichst nach ihrem Gusto, so der französische Bauer David Peyremorte in der Kaffeepause. Möglich sei aber nur ein Kompromisstext, der aufgrund der 28 unterschiedlichen europäischen Befindlichkeiten nur vage bleiben könne.

## Dialogbereitschaft

Fast flehentlich wirkt da der Aufruf von Kommissionsmitarbeiter Verlet an den



Öko-Vielfalt im Obstregal

Foto: Menzler/BLE

deutschen Biosektor, konstruktiv an dem mitzuarbeiten, was daraus folgen müsse: Durchführungsverordnungen, delegierte Rechtsakte, die die Verordnung präzisieren. Schon etwas Glättung könne die derzeit stattfindende rechtliche und sprachliche Überarbeitung bringen, hofft Clemens Neumann vom Bundeslandwirtschaftsministerium, der mit der Ablehnung des BÖLW und einem negativen Bundesratsbeschluss zwischen allen Stühlen sitzt. Es wird aber dabei bleiben, dass Bauern angemessene Vorsorge leisten und Verantwortung tragen müssen, wenn es um Kontaminationen geht. Das ist die Konzession an die 16 EU-Länder, die die von der Kommission ursprünglich vorgeschlagenen Pestizidgrenzwerte einführen wollten. „Wir sind nicht glücklich damit, dass keine Grenzwerte kommen“, sagt der Belgier Nizet. Nur weil die Deutschen sich nicht mal die Mühe machten, sich mit dem belgischen Modell zu befassen, gebe es jetzt erst mal eine vierjährige Evaluation der Kommission, sagt er leicht säuerlich in der Pause. „Dass wir Grenzwerte eingeführt haben, ist weder Fehler noch Zufall gewesen.“ Und es sei auch weder das Ende des Ökolandbaus in Belgien, noch sei der Krieg auf den Dörfern ausgebrochen, der in Deutschland in dem Zusammenhang gerne ins Feld geführt werde. Darüber schmunzelte der Österreicher Klaus Rapf von der Arche Noah, Gesellschaft für die Erhaltung der Kulturpflanzenvielfalt: Dass man sich als kleinerer Teil der Landwirtschaft so vehement für die großen konventionellen Kollegen und die uneingeschränkte Freiheit ihrer Wirtschaftsweise einsetze, sei schon putzig. Er betonte die aus seiner Sicht positiven Aspekte des Trilogkompromisses, neben

der Importregel die neu angelegte Gruppenzertifizierung, die kleinere Betriebe stärke, und vor allem die Saatgutregelung. Bislang funktioniere der Ansatz, im Ökolandbau auch Ökosaatgut einzusetzen, nicht. „Über 90 % sind nicht biologisch produziert, geschweige denn gezüchtet“, so Rapf, „da bislang Ökozüchtung und Vermehrung nicht wirtschaftlich ist.“ Durch eine Aufnahme der ökologischen Züchtung und Vermehrung in die Verordnung, wie sie das EU-Parlament durchgesetzt habe, komme der Bereich aus den kosten- und mengenintensiven Regelungen der konventionellen Sortengesetzgebung raus, Sorten müssten sich lediglich am Markt bewähren, führte Rapf aus.

## Mehr war nie

Es gebe viel Misstrauen in Deutschland, dabei wolle die Kommission wirklich den Dialog, betonte Verlet. „Das Ziel der Verordnung ist die Stärkung des Ökolandbaus“, und nein, die Kommission führe keinen Krieg gegen den Ökolandbau, sprang Häusling ihm bei. Beide und auch Schattenberichterstatter Lins machten aber auch klar, dass die Bereitschaft in Brüssel, wieder neu anzufangen oder gar die geltende Verordnung zu bearbeiten, wenn der Trilog-Kompromiss scheitere, äußerst gering sei. Hinzu komme noch, betonte Lins, dass selbst wenn es doch einen erneuten Prozess geben sollte, die strategisch nicht unwichtigen Posten des Berichterstatters und des Schattenberichterstatters ziemlich sicher nicht noch einmal mit deutschen Abgeordneten besetzt würden. „Mehr Einfluss als jetzt war nie“, gab er der Runde in Berlin mit. Deutschland kann eben doch nicht immer das Zentrum des Universums sein.



# Das Klima wird rauer

Wetterextreme als Vorgeschmack mahnen zum Handeln

Im November schaut die Welt nach Bonn zur Weltklimakonferenz COP 23. Es ist eine Welt auf dem Weg zu drei bis fünf Grad Erderwärmung, eine Katastrophe mit Ansage und mit verheerenden humanitären Folgen. In Bonn geht es zum drei- und zwanzigsten Mal um nicht weniger als darum, diese drohende Klimakatastrophe abzuwenden, dazu treffen sich tausende UN-Delegierte, aber auch Vertreter aller möglichen Verbände der Zivilgesellschaft. Seit Beginn der Industrialisierung hat sich die Erde um etwa ein Grad erwärmt, der Klimawandel beschert uns Wetterextreme, die früher unvorstellbar waren. Starkregeneignisse – immer öfter mehrere hundert Millimeter an einem Tag – reißen unseren guten Boden mit sich, die Sturzbäche zerstören Dörfer, Höfe, ganze Landschaften werden überflutet. Immer häufigere, lang anhaltende strukturelle Trockenheiten, Gewitterstürme. All das bei uns im klimastabilen Mitteleuropa, all das schon bei einem Grad Erwärmung! Mit jedem Zehntelgrad Erderwärmung werden die Extreme exponentiell zunehmen. Der Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, Hans Joachim Schellnhuber, warnt vor verheerenden Folgen der Erderwärmung auch für Europa. „Das Jahr 2017 zeigt uns auf bitterste Weise, warum die Wissenschaft seit Jahrzehnten vor dem Klima-Chaos warnt: Die Elemente Feuer, Wasser und Luft wenden sich gegen uns, weil wir den Planeten aus dem Gleichgewicht bringen.“

## Jetzt handeln

Hunderte Millionen Kleinbäuerinnen und -bauern dieser Welt sind existentiell auf ein einigermaßen intaktes Klima angewiesen, da sie über keinerlei Reserven oder Versicherungen verfügen, wenn Hochwasser, Stürme oder Dürren ihre Ernten zerstören. Dadurch werden Hunger, große Not und Flüchtlingsströme ausgelöst. Und doch werden auch bei uns weiter Dörfer und beste Ackerböden abgebaggert, um die klimazerstörende Braunkohle zu verheizen, wird billig geflogen, gibt es fast 1.000 Kurzstreckenflüge täglich in Deutschland, wird Güterverkehr auf überfüllte Autobahnen verlagert, intensive, industrielle Landwirtschaft gefördert und werden dadurch die eigenen Klimaziele weit verfehlt. Die Leidtragenden sind auch bei uns primär oft die Bäuerinnen und Bauern. Wollen wir in einem völlig unberechenbaren, chaotischen Klima arbeiten und leben, mit kaum vorstellbaren wirtschaftlichen, ökologischen und humanitären Schäden? Damit die vor zwei Jahren



Ulf Allhoff-Cramer

Foto: Nürnberger

in Paris auf der Weltklimakonferenz beschlossene Schwelle von anderthalb bis maximal zwei Grad durchschnittlicher Temperaturerhöhung, die nicht überschritten werden darf, tatsächlich Bestand hat, muss der größte Teil der Kohle, der fossilen Schätze, im Boden bleiben. Es hängt von der Zivilgesellschaft – von uns – ab, ob die Politik die Weichen endlich auf Klimaschutz stellt oder den bisherigen selbstzerstörerischen Kurs beibehält. Das Scheitern des Klimaschutzes wäre das Scheitern der menschlichen Intelligenz und Humanität. Das Beispiel Atomkraft hat gezeigt, dass Widerstand nicht nur notwendig, sondern auch erfolgreich sein kann. Wir Bäuerinnen und Bauern sollten für unser elementarstes Grundrecht und unser wichtigstes Produktionsmittel, ein einigermaßen intaktes Klima, streiten. Wir können Einfluss nehmen, wir dürfen und müssen unsere Meinung sagen, wir können etwas bewegen. Deshalb steigt am 4. November auf die Trecker und fährt zur Klimademo in Bonn: „Für eine Welt ohne Klimachaos und für Klimagerechtigkeit!“

*Ulf Allhoff-Cramer,  
AbL- und Bioland-Bauer, Klimaforum  
Detmold*

*Aufruf von AbL, Bioland, Demeter, Naturland unter: [www.klimaappell-bauern-verbaende.de](http://www.klimaappell-bauern-verbaende.de); Infos zur Demo: [www.klima-kohle-demo.de](http://www.klima-kohle-demo.de)*

## Klimaschutz gegen Hunger und Migration

„Es ist ganz offensichtlich, dass Kriege und klimatische Veränderungen die Ursache von Hunger sind; also lässt es uns nicht so darstellen, als sei Hunger eine unheilbare Krankheit“, sagte Papst Franziskus bei der Zeremonie der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) zum Welternährungstag in Rom. Als „unglücklich“ bezeichnete es der Argentinier, dass „manche“ Länder sich vom Pariser Klimaabkommen abwandten. FAO-Generaldirektor José Graziano da Silva erklärte, dass jedes Jahr Millionen Menschen ihre Heimat verließen, da der Verbleib für sie keine Option mehr darstelle. Gründe für Misstände bestehen auch nach Einschätzung von Bundespräsident Frank Walter Steinmeier zurzeit vor allem in der Zunahme bewaffneter Konflikte und in den Folgen des Klimawandels. Hunger treffe nicht alle gleich, er treffe die, die keine Macht hätten, so Steinmeier. „Kein Wirtschaftszweig ist von der globalen Erhitzung so stark betroffen wie die Landwirtschaft“, erklärte der Vorsitzende des Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW), Felix Prinz Löwenstein, anlässlich der Veröffentlichung eines Klimapapiers von 50 gesellschaftlichen Organisationen im Hinblick auf die Koalitionsverhandlungen in Berlin. Die künftige Koalition müsse den Umbau hin zu einer klima- und umweltfreundlichen Landwirtschaft in Angriff nehmen und sich für eine Reform der EU-Agrarpolitik einsetzen, die öffentliches Geld nur noch für konkrete öffentliche Leistungen wie etwa eine klimafreundliche Landbewirtschaftung bereitstelle, so der Tenor des Papiers. **cs**

## Erster GV-Lachs im Handel?

Der erste gentechnisch veränderte (GV-)Lachs könnte jetzt auch in den europäischen Handel kommen – zumal durch das EU-Kanada-Freihandelsabkommen CETA weitere Zölle für Fischimporte wegfallen und die Importe erhöht werden können. 2015 hatte die US-amerikanische Lebensmittelbehörde FDA den GV-Lachs der US-Firma AquAdvantage zum Verzehr freigegeben. Dieser doppelt so schnell wachsende Lachs darf allerdings erst bei einer Kennzeichnungsvorgabe in den USA verkauft werden. Die Erzeugung des Lachses wurde ausgelagert: Die Eier werden an der kanadischen Westküste erzeugt, die Fische wachsen in Panama auf. In den USA selber ist die Haltung der GV-Lachse nur in Becken auf dem Land erlaubt – um Kontaminationen der konventionellen Zuchtlachse zu vermeiden. Anfang August hat ein kanadischer Händler 4,5 Tonnen des GV-Lachses gekauft. Kanada hat keine Kennzeichnungsvorschriften. Es ist zu befürchten, dass Kanada verarbeiteten GV-Lachs auch exportiert. Die Deutsche See GmbH erklärte, sie lehnten solche Herstellungspraktiken generell strikt ab. Sie hätten besagten Gentechnik-Lachs weder gekauft noch verarbeitet oder sonst etwas damit gemacht – und das hätten sie auch nicht vor. **av**

## Bayerisches Volksbegehren gegen Betonflut

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) in Bayern ist Mitinitiator des Volksbegehrens „Damit Bayern Heimat bleibt – Betonflut eindämmen“. Gemeinsam mit den bayerischen Grünen und der Ökologisch Demokratischen Partei ruft sie dazu auf, für einen Gesetzesentwurf zu unterschreiben, der vorsieht, dass zukünftig in Bayern insgesamt nicht mehr als durchschnittlich fünf Hektar Fläche pro Tag für Baumaßnahmen verbraucht werden dürfen. Derzeit würden täglich etwa 13 Hektar Land durch Asphalt oder Beton versiegelt. Dieser ungebremste und maßlose Bodenverbrauch zerstöre die natürlichen Lebensgrundlagen, führe zur Verödung der Ortszentren, verstärke die Hochwassergefahr und vernichte wertvolles Acker- und Grünland. 25.000 Unterschriften sind als erste Zielmarke nötig, um den Gesetzesentwurf als sogenannten Zulassungsantrag beim Bayerischen Innenministerium einreichen zu können. Gesammelt wird bis zum Ende des Jahres 2017. Dabei ist zu beachten, dass auf einer Unterschriftenliste, bestehend aus Vorder- und Rückseite, jeweils nur Personen aus derselben Gemeinde unterschreiben dürfen. Das Auslegen von Listen empfiehlt sich somit besonders in Hofläden und auf Wochenmärkte oder bei Regionalversammlungen. Weitere Infos und Unterschriftenlisten finden sich unter [www.betonflut-eindaemmen.de](http://www.betonflut-eindaemmen.de) **cw**



junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Arbeitsgemeinschaft  
bäuerliche Landwirtschaft e.V.

# AbL-Jahrestagung

Dieses Jahr ist einiges anders!

Immer wieder erappte ich mich bei der Planung der AbL-Tagung dabei, an Altenkirchen zu denken. Scherzhaft dachten der Bundesvorstand und die MitarbeiterInnen daran, einen Sammelbus aufzustellen für alle, die aus Gewohnheit nach Altenkirchen fahren, um sie dann an den diesjährigen neuen Tagungsort zu bringen: Hofgeismar! Das liegt bei Kassel und somit für viele zentraler. Ich habe die Evangelische Akademie Hofgeismar bereits bei anderen Veranstaltungen erlebt. Also, Abstriche bei der Unterkunft und der Verpflegung müssen wir nicht machen! Außerdem findet unsere Tagung und Mitgliederversammlung nicht wie sonst im November, sondern vom 8. bis 10. Dezember statt. Die junge AbL hat die Räume schon einen Tag früher mit ihrem Treffen politisch eingeeicht.

Anders – das ist auch ein thematischer Schwerpunkt der AbL-Tagung. Derzeit läuft vieles in der Landwirtschaft in die falsche Richtung. Die Folgen sind deutlich spürbar, weshalb der Umbau der Landwirtschaft auf den Äckern und bei den Tieren begonnen hat. Eine Wandlung in den schwierigen Zeiten ist möglich. Doch dürfen Bäuerinnen und Bauern nicht alleine gelassen werden, denn jahrzehntelang wurde ihnen die bisherige Entwicklung als Richtung gewiesen, nun muss die Politik Verantwortung übernehmen. Wie können die Höfe bei den anstehenden Veränderungen unterstützt werden, so dass keine herunterfallen – sondern wirtschaftliche Perspektiven in neuen Schwerpunkten erkennen? Das diskutieren wir am Freitagabend mit Stimmen aus der Gesellschaft, aus Politik und Wissenschaft. Politiker verschiedener Parteien

können zudem berichten, wie die Koalitionsverhandlungen bezüglich der Landwirtschaft aussehen. Mit den Erkenntnissen aus der Podiumsdiskussion geht der Blick am Samstagmorgen mehr ins Praktische auf die Höfe. Wir können bereits vieles! Wie geht es weiter? Verschiedene Vortragende berichten in den Workshops von praktischen Beispielen des Umbaus. Der gegenseitige Erfahrungsaustausch wird uns wertvolle Anregungen geben. Nach der Perspektive auf den Hofebenen geht der thematische Fokus in Richtung EU-Agrarpolitik. Der Prozess für die Reform der GAP hat bereits begonnen. Eine Online-Konsultation dieses Frühjahr und eine Konferenz mit Interessenvertretern im Juli haben bereits stattgefunden. Gegen Ende des Jahres wollte die EU-Kommission eine „Mitteilung zur Modernisierung und Vereinfachung der GAP“ präsentieren – nun sind die Inhalte schon vorab bekannt geworden. Die AbL hat neben Forderungen zur Marktordnung ein Punktesystem für die Direktzahlungen entwickelt, mit dem soziale und ökologische Leistungen honoriert werden. Eine pauschale Flächenförderung wie bisher ist damit nicht möglich. Wir schauen uns das Punktesystem nach den Workshops gemeinsam an. Außerdem thematisieren wir mit unserem Gast Martin Scheele von der Europäischen Kommission die Agrarreformvorstellungen der Kommission. Getreu unserem Tagungsnamen „Im Bäuerlichen liegt die Zukunft“ lasst uns die Zukunft gestalten! Dafür ist immer wieder gerade der persönliche Austausch wertvoll und anregend. Wir sehen uns in Alt... – halt, stopp ... in Hofgeismar!

Sarah Ziegenhorn,  
AbL-Bundesvorstand

## Bäuerlich = Arbeit bis zum Umfallen?

Tagung der jungen AbL vom 7.12. und 8.12.2017 in der Evangelischen Akademie Hofgeismar

### Donnerstag, den 7. Dezember 2017

17:45 Uhr Begrüßung und Vorstellungsrunde

19:00 Uhr Ergebnisse der Aktion „...mindestens 14h am Tag“

20:00 Uhr Diskussion

mit Sarah Kuschel (IG BAU Westfalen), Anna Kenner (Betriebsleiterin in Hofübernahme), u.a.

### Freitag, 8. Dezember 2017

9.00 Uhr Workshops

I Wie können wir uns als Azubis/Arbeitnehmer\*innen organisieren und unsere Rechte einfordern?

II Wie können wir als Betriebsleiter\*innen Selbst- und Fremdausbeutung vermeiden?

III Open Space

11:30 Uhr Abschlussrunde

Anmeldung und Infos bei Kaya, Anna, Anne und Daniel unter [junge-abl@abl-ev.de](mailto:junge-abl@abl-ev.de) und auf der Homepage: [www.junge-abl.de](http://www.junge-abl.de)

## „Im Bäuerlichen liegt die Zukunft“

Öffentliche AbL-Tagung und AbL-Bundes-Mitgliederversammlung 2017  
In der Evangelischen Akademie und Tagungsstätte in Hofgeismar  
Gesundbrunnen 8-11, 34369 Hofgeismar (Nordhessen)

### Freitag, den 8. Dezember 2017

14:00 Uhr Begrüßung AbL-Bundesvorstand, Ev. Akademie

14:15 – 17:00 Uhr Werkstätten für agrarpolitische Arbeit

- Werkstatt 1: „Bevor alles zu viel wird...“ im politischen Widerstand auf sich selbst aufpassen
- Werkstatt 2: Pressearbeit
- Werkstatt 3: Gute Werbung für unsere Arbeit

17:15 Uhr – 18:00 Uhr Markt der bäuerlichen Aktivitäten und Ideenschmiede  
Möglichkeit, Schautafeln über AbL-Arbeit aus Bund, Ländern, Junge AbL und einzelne Aktive. Angebot zum Gespräch

19:15 Uhr

Nach den Bundestagswahlen muss gehandelt werden:

Der Umbruch hat längst begonnen- auf den Höfen und in der Gesellschaft

Was heißt das für die Politik?

mit Elisabeth Fresen, AbL-Bundesvorstand, Professor Dr. Harald Grethe, Humboldt-Universität zu Berlin, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik. Christiane Grefe, Redaktion DIE ZEIT sowie interessanten Agrarexperten aus dem Deutschen Bundestag

### Samstag, 9. Dezember 2017

9:00 Uhr – 11:15 Uhr Diskussions-Foren:

Umbau der Landwirtschaft und der Agrarpolitik

Antworten für die bäuerliche Praxis

- I Umweltfreundlicher Ackerbau
- II Milch und Rinderhaltung
- III Schweinehaltung
- IV Freihandelsverträge und die Bewegung für fairen Handel
- V Alte und neue Gentechnik

11.30 Uhr – 12:15 Uhr; Im Plenum:

Die EU-Agrarreformvorstellungen der Europäischen Kommission und der AbL.  
Ein politischer Überblick über die aktuelle Diskussion mit Martin Scheele, EU-Kommission in Brüssel und Ulrich Jasper, Bundesgeschäftsführer der AbL

13:15 – 14:15 Uhr

Diskussion im Plenum

Wie reagieren und agieren wir in der EU-Agrarreform?

14:15 Uhr Ende der Tagung

14:45 Uhr - 18:30 Uhr AbL-Mitgliederversammlung

Berichte, die Lage und die Aufgaben; Anträge, Sonstiges

Ab 18:30 Uhr Gemütliches Zusammensein und kultureller Abend

Regionales AbL Büffet, präsentiert von Sarah Ziegenhorn, Reiko Wöllert und Michael Grolm

### Sonntag: 10. Dezember 2017

Für Interessierte: Nachlese- Frühschoppen

### Gäste sind herzlich willkommen!

Tagungsort: Ev. Akademie und Tagungsstätte Hofgeismar,  
Gesundbrunnen 8, 34369 Hofgeismar. T. 05671 – 881 -107

(27 km von Kassel –Wilhelmshöhe, mit der Bahn vom ICE Bahnhof-Kassel-Wilhelmshöhe, ab Wilhelmshöhe 25 Minuten Fahrzeit)

Organisatorische Leitung: Georg Janßen, Ulrich Jasper (AbL-Bundesgeschäftsführung), Teilnehmerbeitrag: 130,00 Euro (inklusive Übernachtung und Verpflegung) Kinder bis 14 Jahre zahlen keinen Beitrag. Eine Kinderbetreuung wird angeboten.

Anmeldung: Wir bitten um schriftliche Anmeldungen bis zum 17. November 2017 an die AbL-Bundesgeschäftsstelle, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm/W oder per Mail an [info@abl-ev.de](mailto:info@abl-ev.de) oder per Fax: 02381 – 492221. Danke!

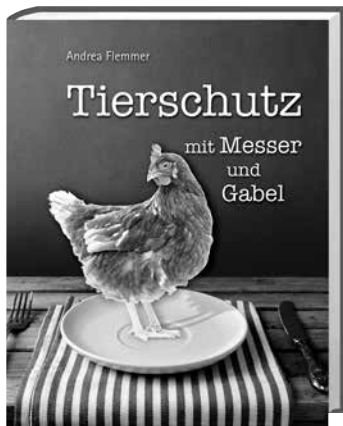


# Russisches Roulette mit der biologischen Vielfalt

**E**in neuer Bericht von Testbiotech zeigt die Möglichkeiten der neuen Gentechnikverfahren zur Manipulation des Erbgutes auf. Natürliche Erbanlagen können stillgelegt oder verändert werden, künstliche Sequenzen eingefügt, mit Gene-Drive können die „Mendelschen Vererbungsregeln“ außer Kraft gesetzt werden. Von den Befürwortern wird betont, die neuen Gentechnike-

methoden seien besonders sicher. Kritische Forschungsansätze fehlen in den meisten Fällen. Dabei bergen die neuen Verfahren auch erhebliche Risiken für das Bodenleben, die Mikrobiome von Tieren und Pflanzen, die Gesundheit der Nutzpflanzen und Tiere, ökologische Netzwerke, Bestäuber wie Bienen und die natürlichen Nahrungsnetze etc. Die Grenzen unseres derzeitigen Wissens

gerade im Bereich der biologischen Interaktionen gilt es anzuerkennen. Das Vorsorgeprinzip muss Bestand haben: Wenn Unsicherheiten und Risiken nicht ausreichend abschätzbar sind, muss auf Freisetzung verzichtet werden – so einige zusammenfassende Einschätzungen aus dem Bericht, der sehr lesenswert ist: [www.testbiotech.org/node/2079](http://www.testbiotech.org/node/2079) *av*



# Tierschutz mit Messer und Gabel

**D**ie promovierte Diplom-Biologin und Ernährungswissenschaftlerin Dr. Andrea Flemmer hat in diesem Buch zahlreiche Argumente gegen den Fleischkonsum aus der Massentierhaltung gesammelt. Sie schildert die Probleme der industrialisierten Tierhaltung und bietet dazu Alternativen. Sie weist auf die verschiedenen menschlichen Ernährungsformen hin, schlägt dann den Bogen zur artgerechten Tier-

haltung und benennt und empfiehlt Neuland- und Bio-Tierhaltung. Ein weiteres Kapitel widmet sich speziellen Nutztierarten, wie z.B. dem Kobe Rind. Abgerundet wird das Buch durch Betriebsreportagen von gelungenen Hofbeispielen. Für den Verbraucher, der weg möchte von Fleisch aus der Massentierhaltung, ist dieses Buch aus dem Jahr 2015 eine Informationsquelle und bie-

tet Orientierung bei der Suche nach Alternativen für die nicht ganz fleischlose Ernährung. *vt*

*Dr. Andrea Flemmer: Tierschutz mit Messer und Gabel, 2015, Spurbuchverlag, ISBN 978-3-88778-456-0, 288 Seiten, farbige Bilder, 29,80€, zu beziehen über den AbL Verlag*

# Die Wege des Honigs

**D**ieser Bildband des französischen Fotografen Eric Tournéret zeigt auf 311 Farbfotos das Zusammenleben der Bienen mit den Menschen. Tournéret bereiste in zehn Jahren sechs Kontinente und sammelte ausdrucksstarke Fotos rund um die Imkerei. Man lernt zum Beispiel die stachellose Biene in Brasilien oder Costa Rica und die Kilerbienen in Panama kennen. Der Betrachter reist zu Honigsammlern auf indonesischen Riesenhängen, an die Felshänge in Indien, zu Imkern in der

Türkei, Brasilien oder afrikanischen Ländern und besucht die Korbimker der Lüneburger Heide. Zwischen den großformatigen Farbfotos schildert Tournérets Frau Sylla de Saint Pierre ihre Reiseimpressionen und lässt die Beteiligten selber zu Wort kommen. Eine wissenschaftliche Einordnung der Imkerei, auch für die Umwelt, geben die 13 eingestreuten kurzen Aufsätze verschiedener Experten, wie Olivier de Schutter, 2008 bis 2014 Spezialberichterstatte für das Recht auf Nahrung des

Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen, oder Dr. Jürgen Tautz, Professor am Biozentrum Würzburg. *vt*

*Eric Tournéret u. Sylla de Saint Pierre: Die Wege des Honigs, 2017, Ulmer Verlag, ISBN 978-3-8001-5955-0, Bildband 30 x 31 cm, 350 Seiten, 49,90 € , zu beziehen über den AbL Verlag*



## Bestellcoupon

Ich bestelle:

**Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht: Ausgabe**  2017 Schwerpunkt: Wasser - 24,00 €   2015 Schwerpunkt: Agrarindustrie und Bäuerlichkeit- 10,00 €, weitere Jahrgänge auf Anfrage oder unter [www.bauernstimme.de](http://www.bauernstimme.de) bzw. [www.kritischer-agrarbericht.de](http://www.kritischer-agrarbericht.de)

...weitere Bücher, Musik CD, Aufkleber, Fahnen usw. unter [www.bauernstimme.de](http://www.bauernstimme.de)

### Matthias Stührwoldt

#### Das wahre Landleben!

#### Bücher:

- .... 11,00 € - Bauernparty
- .... 11,00 € - Nützt ja nix
- .... 11,00 € - Schubkarrenrennen
- .... 11,90 € - Der Wollmützenmann
- .... 9,90 € - Verliebt Trecker fahren
- .... 11,00 € - Aus dem Moor- Gedichtband

#### CD:

- .... 10,00 € - König Silo
- .... 10,00 € - Was für'n schöner Scheiß
- .... 10,00 € - Ein Bauer erzählt
- .... 9,50 € - live im Lutterbecker

weitere Buchwünsche:

### Bodenpolitik in Ostdeutschland

- .... 19,80 € - Nehmt und Euch wird gegeben
- .... 3,00 € - Ostdeutsche Bodenpolitik nach 1990

### Aktuelle Broschüre

- .... 4,00 € - Wege aus der Hungerkrise

### Hofschilder und Poster

- .... 30,00 € "Wir sind ein AbL Bauernhof"
- .... 30,00 € "Bauernhöfe statt Agrarfabriken"
- .... 50,00 € 1x10Stk. TTIP & Gentechnik Poster
- ....je zzgl 5,50 € € Versand

### Junge Landwirtschaft:

- .... 8,00 € - Agrarpolitik in der Lehre
- .... 8,00 € Jung, dynamisch, erfolglos?

Die Versandkosten pro Bestellung betragen innerhalb Deutschland 2,75 €

Die Versandkosten ins Ausland werden auf Anfrage mitgeteilt

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: \_\_\_\_\_

BIC: \_\_\_\_\_

IBAN: \_\_\_\_\_

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Bitte senden Sie die Bestellung an: [verlag@bauernstimme.de](mailto:verlag@bauernstimme.de), oder ABL Verlag, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539, ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

## (Klein) Anzeigen

### Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen kosten 15,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 25,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 17,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben.

Anzeigen bitte an: E-mail: [anzeigen@bauernstimme.de](mailto:anzeigen@bauernstimme.de),

Fax: 02381-492221 **Anzeigenschluss für BS Dezember ist der 17. November 2017**

Chiffrezuschriften: Abl Verlag, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm

### Sonstiges

- **Pensionsschweine suchen Stall** mit Betreuung (Raum Augsburg)  
☎ 08272 / 899897 ab 19.00 Uhr
- **Treckerreifen.** Fax: 04881 - 7452  
☎ 04881 - 937567

### Hof und Arbeit

- **Gemüsegärtner/in:** Beruf mit Zukunft! Unsere Gärtnerei ist gewachsen und wir suchen zum Frühjahr 2018 für unser langjähriges Team eine/n weitere/n Gemüsegärtner/in oder Gärtnerfamilie. Wir wünschen uns Motivation für vielfältigen Bio- Anbau, Spaß an Gärtnerei und Direktvermarktung, Organisationstalent, Vielseitigkeit, eigene Ideen und Führerschein. Hier könnt Ihr eure ersten Berufserfahrungen sammeln oder eine langfristige Perspektive finden. Wir bieten unbefristete Festanstellung, eigenen Verantwortungsbereich, ein engagiertes Team und Leben auf dem Lande. Wir freuen uns auf Bewerbungen an: [sabine.zeller@marienhof-esperde.de](mailto:sabine.zeller@marienhof-esperde.de)

- **Landwirtin (47)** sucht Stelle im Haushalt auf landwirtschaftlichen Öko-Gemischtbetrieb. Biete langjährige Erfahrung in Haushalten auf Idw. Betrieben (Betriebshilfsdienst) und mein Engagement für den Ökolandbau.  
☎ 01525/1455653

**Obstbäume & Beerenobst**  
Obstsorten-Vielfalt aus unserer Bioland-Baumschule  
Alle Baumformen für Garten, Landschaft & die Streuobstwiese  
**Baumschule PFLANZLUST**  
Telefon: 05692 - 8635  
[www.biobaumversand.de](http://www.biobaumversand.de)

**Marktstände für Direktvermarkter**  
ökologisch - praktisch - schön  
[www.klipklap.de](http://www.klipklap.de) 16845 Rohrlack 033928 239890

**Jahresmitgliederversammlung Mecklenburg-Vorpommern Berlin & Brandenburg**  
11.11.2017, 09.30 - 16.00 Uhr

**Agrarpolitik und bäuerliche Praxis**

- **Klimawandel - Auswirkungen / Strategien für den Ackerbau**  
Dr. Frank Wechsung, Potsdamer Institut für Klimaforschung  
Podium: Martin Schulz, AbL Bundesvorsitzender und Franz-Joachim Bienstein, Sprecher des AbL Landesverbandes
- **Weidehaltung und der Wolf - Situation und Maßnahmen**  
Andreas Piela, Referatsleiter im LWM, Brandenburg
- **Nach den Bundestagswahlen - wie geht es in der Agrarpolitik weiter?** Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der AbL
- Hofbesichtigung
- Berichte von den Höfen und Austausch

Ort: Siebengeibelhof, Alte Dorfstraße 10, Hofcafé, 19376 Drenkow  
Unbedingt anmelden: per Fax: 04131 4077 58 oder [janssen@abl-ev.de](mailto:janssen@abl-ev.de)

**RINGELSCHWANZ-FREILUFT-STROHSCHWEIN WIE GEHT DAS?**  
Wege zu einer tiergerechten Haltung, fairen Erzeugerpreisen und regionaler Vermarktung

AbL Bayern und Bund Naturschutz Bayern laden ein zu einem Tagesseminar, am Mittwoch, 15.11.2017, 9.30 bis 17.00 Uhr.  
Vorträge und Podium mit Veterinärmedizin, Erzeugergemeinschaften, Praktikern, Metzgerinnung und LfL.  
Ort: Bäckerwirt Dasing, Friedbergerstr. 10, 86453 Dasing  
Anmeldung: Tel.: 0911/81 87 8-21, Fax: 0911/86 95 68  
Email: [landwirtschaft-wald@bund-naturschutz.de](mailto:landwirtschaft-wald@bund-naturschutz.de)  
Programm: <http://www.abl-bayern.info/termine/>

## Veranstaltungen

### Züchtertagung

04.11.2017, **Frankenhausen**  
Fachliche Beiträge, u.a. zu Stoffwechseleigenschaften bei Züchtungskühen. Vorstellung verschiedener Kuhfamilien auf dem Betrieb.

Anm.: [ruebesam@uni-kassel.de](mailto:ruebesam@uni-kassel.de), Fax: 05542 - 981589, Tel.: 05542 - 981608

### AbL Klimagroßdemonstration

04.11.2017, 12 Uhr, **Bonn**  
Mit dem Trecker oder zu Fuss: Für Klimagerechtigkeit und eine Welt ohne verheerendes Klima-chaos!

Treckeranmeldungen: [janssen@abl-ev.de](mailto:janssen@abl-ev.de), Bernd Schmitz, Tel.: 0177-3565559

### People's Climate Summit

03.-07.11.2017, **Bonn**  
Treffen der Bewegungen anlässlich der Weltklimakonferenz, mit Workshops und mehr.

Infos: <https://pcs2017.org/de>

### Bauernrechte

03.-04.11.2017, **Waldenburg**  
- Am Beispiel von Brasilien. Vorträge und Workshop, u. a. mit Wolfgang Hees, badischer Landwirt, der viele Jahre in Brasilien gelebt hat.

Ort: 74638 Waldenburg-Hohebuch  
Anmeldung und Information: <http://www.hohebuch.de>

### AbL Burnoutgefährdung

08.11.2017, 18 Uhr, **Eberfing**  
Leben um zu arbeiten oder arbeiten um zu Leben? Burnoutgefährdung in der Landwirtschaft. Vortrag von Dipl. Psych. Reinhard Weber.

Ort: Gasthaus zur Post, 82390 Eberfing

### Bestäuber

08.11.2017, 10 Uhr, **Visselhövede**  
Fachtagung zu dem Thema: Bestäuber in der Landwirtschaft – wichtige Arbeitskräfte oder lästige Insekten? Ziel dieser Veranstaltung ist es, einen Überblick über wissenschaftliche Fakten und die wirtschaftliche Dimension der Bestäuberinsekten zu geben, die Gründe für den Rückgang der Bestäuberinsekten aufzuzeigen und erforderliche Gegenmaßnahmen zu erörtern.

Infos und Anmeldung: <https://www.nna.niedersachsen.de/veranstaltungen/Bestaeuberinsekten-151948.html>, Ort: Pescheks Tagungshotel, 27374 Visselhövede

### Ist das wirklich Bio?

09.11.2017, 17.00 Uhr, **Kiel**  
Was sind Bio-Lebensmittel und wie wird die Produktion auf den Höfen kontrolliert? Vortrag und Diskussion mit Uwe Schreiber, AbL.

Ort: Zentralbücherei der Landeshauptstadt Kiel, Andreas-Gayk-Straße 31, 24103 Kiel

### Fortbildung Öko-Landbau

09.11.2017, 9-17 Uhr, **Bad Dübener**  
Fortbildungskurs zum Kreislauf: Boden-Pflanze-Tier-Mensch-Boden.

Information und Anmeldung: SIGÖL e.V. Tel.: 034243-21491

### Herbsttagung Solawi Netzwerk

10.-12.11.2017, **Zierenberg**  
Jahreshauptversammlung des Netzwerks, Workshop, Diskussionsforum und Austausch.

Anmeldung und Information: [www.solidarische-landwirtschaft.org/aktuelles/netzwerktreffen/](http://www.solidarische-landwirtschaft.org/aktuelles/netzwerktreffen/)

### Symposium Kulturpflanzen

24.-26.11.2017, **Witzenhausen**  
12. Symposium Kulturpflanzen- und Nutztiervielfalt mit Vorträgen, Diskussionen und Exkursionen.

Infos und Anmeldung: <https://kulturpflanzen-nutztiervielfalt.org/>

### Brasiliens Landwirtschaft und Bildungspolitik im Umbruch

Veranstaltungen zur aktuellen Lage in Brasilien mit Prof. Andrioli

14.11.17 Bildungsstätte, Taubertalweg 42, 91541 Rothenburg odT., 19.30 Uhr  
15.11.17 Gasthof Michl-Wirt, Steiner Straße 1-3, 83349 Palling, 20.00 Uhr  
16.11.17 Hotel Plankenhof, Dorf 6, 6136 Pill bei Schwaz (Österreich), 19.30 Uhr  
17.11.17 Chiemgau Akademie, Högeringer Str.25, 83071 Stephanskirchen, 19.30 Uhr  
20.11.17 Hotel & Rasthaus Seligweiler, Großer Saal, Seligweiler 1, Autobahn-Raststätte an der A8, 89081 Ulm-Seligweiler, 20.00 Uhr  
21.11.17 Hotel Am Regenbogen, Schützenstraße 14, 93413 Cham, 19.30 Uhr  
23.11.17 Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstr. 8, 10117 Berlin, 19.00 Uhr  
27.11.17 Werkstatt 3, Nernstweg 32, 22765 Hamburg - Altona, 19.00 Uhr

Ausführliche Informationen: [www.abl-ev.de/termine](http://www.abl-ev.de/termine)

**Tag der Landwirtschaft Sachsen-Anhalt**  
12.11.2017, 10.00 - 17.00 Uhr

- **Zur politischen Situation in Sachsen-Anhalt**  
Claudia Gerster, Sprecherin AbL Sachsen-Anhalt
- **Aktuelles zur Landwirtschaftspolitik vom Bundesvorstand der AbL**, Georg Janßen, (Bundesgeschäftsführer der AbL)
- **Den Boden unter den Füßen (Treckern) verlieren – Bodenerosion als Problem der Großflächen-Landwirtschaft**  
Vortrag von Christian Wolf (Geologe)
- **Praxisbeispiele für die Direktvermarktung**, Eberhardt Prunzel-Ulrich, (Vereinigung der Norddeutschen Direktvermarkter e.V.)
- **„Boden aufbauen“ für bäuerliche Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt**, Podiumsdiskussion

Ort: Hochschule Anhalt, Hörsaal im Hellriegel-Haus, Strenzfelder Allee 06406 Bernburg, Anmeldung: [sachsen-anhalt@abl-ev.de](mailto:sachsen-anhalt@abl-ev.de), 0171-420 8443.  
<http://abl-mitteldeutschland.de/wordpress/termine-und-veranstaltungen/>

**Herbsttagung Niedersachsen**  
19.11.2017, 10.00 - 16.00 Uhr

**Probleme im Ackerbau – hingucken oder wegducken?**  
Der Verlust an Biodiversität, Resistenz gegenüber Pflanzenschutzmitteln, Probleme mit zu engen Fruchtfolgen, Gefährdung der Bodenfruchtbarkeit – das Ende des derzeit praktizierten Ackerbaus oder Notwendigkeit für einen Wechsel?  
Anschließend Mitgliederversammlung und Berichte

Ort: Dörverden/Westen, Gasthaus Zur alten Mühle  
Anmeldung: 0176-70408888 oder per Mail [info@abl-niedersachsen.de](mailto:info@abl-niedersachsen.de).  
[www.abl-ev.de/termine/](http://www.abl-ev.de/termine/)

**Sächsischer Bauerntag**  
22.11.2017, 9.00 - 16.00 Uhr

Programm unter anderem:

**Wege zu einer zukunftsfähigen Landwirtschaft**  
Vortrag von Dr. Bommert, Institut für Welternährung

**Wie hat bäuerliche Landwirtschaft in Sachsen eine Zukunft?**  
Fish-Bowl-Diskussion mit folgenden Teilnehmern:  
Heiko Reinhold, Umweltbeauftragter Sächsische Landeskirche  
Michael Beleites, Buchautor, AbL Sachsen  
Katrin Kagelmann, agrarpolitische Sprecherin DIE LINKE  
Georg-Ludwig von Breitenbuch MdL, CDU  
Wolfram Günther, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Simone Lang, Sprecherin für Umweltpolitik, SPD

Ort: Rittergut Limbach, Am Rittergut 7, 01723 Wilsdruff/OT Limbach  
Teilnahmegebühr 15,- bis 25,-€ für Vorträge und Verpflegung  
<http://abl-mitteldeutschland.de/wordpress/termine-und-veranstaltungen/>

**Termine**

Weitere Termine, Treffen und Stammtische unter: [www.abl-ev.de/termine](http://www.abl-ev.de/termine) und auf den Homepages der Landesverbände!





**Auf nach Auf nach Hofgeismar!**  
**zur AbL - Tagung und Bundesversammlung**  
08.-10.12.2017

**Im Bäuerlichen liegt die Zukunft**

- u.a. mit Diskussionsforen zu:  
Milch, Tierhaltung, Ackerbau, Freihandel und Gentechnik  
Die EU-Agrarreformvorstellungen der Europäischen Kommission und der AbL
- Werkstattgespräche zu:  
„Bevor alles zu viel wird...“ im politischen Widerstand auf sich selbst aufpassen •  
Pressearbeit • Gute Werbung für unsere Arbeit

Der Markt der Bäuerlichen Aktivitäten gibt einen Überblick über die Aktivitäten im Bund und in den Ländern.  
Und die gemütlichen Abende können genutzt werden, alte und neue Freunde und Freundinnen zu treffen.

**Wintertagung der Jungen AbL**  
**Bäuerlich = Arbeit bis zum Umfallen?**  
**Beruf(ung) Landwirtschaft in der**  
**modernen Arbeitswelt**  
07.-08. Dezember 2017

**Veranstaltungsort der Tagungen: Evangelische Tagungsstätte Hofgeismar**  
Gesundbrunnen 8, 34369 Hofgeismar



**AbL Landeskontakte**

**Schleswig-Holstein**

**Geschäftsführung:** Berit Thomsen, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, 040-397 858, Schleswig-holstein@abl-ev.de

**Niedersachsen**

**Geschäftsstelle:** Lea Unterholzner, Tel: 04239-9440056; info@abl-niedersachsen.de  
**Landesverband:** Ottmar Ilchmann, Tel.04967-334, o.ilchmann@yahoo.de  
**Wendland-Ostheide:** Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de  
**Heide-Weser:** Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje.@t-online.de  
**Elbe-Weser:** Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com  
**Südnied:** Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de  
**Weser-Ems:** Andrea Sweers, Tel. 0176 - 20812393, andrea.sweers@googlemail.com

**Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg**

**Mecklenburg:** Helmut Precht, Tel.: 038459 / 31 034; Jochen Fritz, Tel.: 0171 / 82 29 719;  
**Franz Joachim Bienstein,** Tel.: 0157 - 87185136; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

**Nordrhein-Westfalen**

**Landesverband:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, nrw@abl-ev.de  
**Gütersloh:** Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069  
**Tecklenburger Land:** Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264  
**Herford:** Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575  
**Köln/Bonn:** Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761  
**Niederrhein:** Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421  
**Gentechnik:** Reinhard Fiegenbaum, Tel: 05484/657  
**Westmünsterland:** Martin Ramschulte, Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

**Hessen**

**Geschäftsstelle:** Christian Vieth, Weingasse 10, 36199 Rotenburg a.d.Fulda, Tel: 06623 9157 386, hessen@abl-ev.de  
**Reinhard Nagel,** Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, Bio-Nagel@t-online.de  
**Jeannette Lange,** Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingeroede@t-online.de  
**Peter Hamel,** 06630 919013, peter.hamel@web.de

**Rheinland-Pfalz und Saarland**

**Landesverband:** Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de; Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

**Baden-Württemberg**

**Geschäftsstelle:** Frieder Thomas, Tel.: 07531 282939-1, thomas@abl-ev.de  
**Bodensee:** Anneliese Schmeh, Tel.: 07553-7529, a.schmeh@hagenweilerhof.de  
**Oberschwaben:** Bärbel Endraß, Tel.:07528-7840, info@biohof-endrass.de

**Bayern**

**Landesverband:** Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654, bioschmid@t-online.de  
**Geschäftsstelle:** Andrea Eiter; Neidhartstr. 29 1/2; 86159 Augsburg; Tel: 0821/45 40 951 und 0170/99 134 63; Internet: www.abl-bayern.info; Mail: abl-bayern@web.de  
**Chiemgau-Inn Salzach:** Georg Planthaler, fuermannal@web.de; Tel. 08656/393  
**Rita Huber;** Tel: 08683-557; huber.aichlberg@gmx.de  
**Land an Rott und Inn:** Margarete Stoiber, Tel. 08536/91091; Fax 08536/919782, margaretestoiber@t-online.de; Konrad Zanklmaier, Tel.: 08725-304, Tel. 08725/304, konrad.zanklmaier@t-online.de  
**Allgäu:** Geschäftsstelle Michael Finger; Tel. 08322/1329; allallgaeu@gmx.de, Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel: 08320-512;  
**Oberland:** Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp[at]web.de, Hans Zacherl Tel. 08146/9127; hanslangwied@gmail.com  
**Landshut-Vilstal:** Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de  
**Franken:** Isabella Hirsch, Telefon: 09852-1846, isabella.hirsch@gmx.de, Gabriel Deinhardt, Tel: 09194/8480, gabriel.deinhardt@gmx.de  
**Erding-Ebersberg:** Rosi Reindl Tel. 08093- 905575, rosi\_reindl@gmx.de; Elisabeth Reis, Tel. 08091-4144; Max.reis@t-online.de; Mathias Lohmeier Tel. 08081-938335; mathias.lohmeier@gmx.de  
**Bayerisch-Schwaben,** Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de, Stephan Kreppold, Tel. 08258/211, biolandhof-kreppold@web.de

**Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt**

**Landesverband:** Landesgeschäftsführer Reiko Wöllert, mitteldeutschland@abl-ev.de, Tel: 036254/78024; Stephan Kaiser, sphkai@freenet.de (Sachsen); Michael Grolm, Tel: 036450/446889, M.Grolm@gmx.de (Thüringen)  
**Sachsen-Anhalt:** Claudia Gerster, Tel: 034465/21005, sonnengut-dietrichsroda@t-online.de  
**Thüringen:** Ulrich Möller, Tel. 0151/15223397, info@peterbachhof.de; Frank Neumann, Tel: 036623/23737, berghoffrank@hotmail.de; Daniela Kersten, Tel: 036421/23497, mail@kanzlei-kersten.de;

**Impressum *unabhängige Bauernstimme***

**Anschrift:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
**Herausgeber:** Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V.  
**Redaktion:** Marcus Nürnberger: 02381-492220  
Claudia Schievelbein: 02381-492289  
Christine Weißenberg: 02381-492210  
FAX: 0 23 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;  
**Verlag:** ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel  
**Aboverwaltung:** Vera Thiel, Tel.: 0 23 81/49 22 88, Fax: 0 23 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de;  
**Druck:** küster-pressedruck, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

**AbL Bundeskontakte**

**Bundesgeschäftsstelle:** Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de  
**Bundesgeschäftsführer:** Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758  
**junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft:** Kathrin Lindner, 01798433730, Walburger Straße 2, 37213 Witzzenhausen, junge-abl@abl-ev.de  
**Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:** Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298; Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455  
**Interessengemeinschaft Ostdeutschland:** Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273  
**Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken** Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de  
**Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:** Annemarie Volling, Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de  
**Internationale Agrarpolitik:** Berit Thomsen, Tel.: 02381-9053172, thomsen@abl-ev.de  
**Eiweißfutter aus Niedersachsen** Anika Berner, Andreas Huhn 05507/9644640, Fax: 05507 - 964 464 2, info@eiweissfutter-aus-niedersachsen.de

**AbL Mitgliedsantrag **Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.****

**Ich möchte Mitglied in der AbL werden** und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 105,00 Euro  
 Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 140,00 Euro  
 Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von \_\_\_\_\_ Euro zu zahlen  
 Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 50,00 Euro  
 Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 75,00 Euro  
 Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)  
 Ich finde die Arbeit der AbL e.V. wichtig und unterstütze sie als Nichtmitglied mit einem Jahresbeitrag von:  
 30,-€  50,-€  70,-€

*Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.*

Nachname, Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße: \_\_\_\_\_  
PLZ, Wohnort (Landkreis): \_\_\_\_\_  
Telefon/Fax E-Mail: \_\_\_\_\_

Gläubiger-ID: DE19ZZ00000421092  
AbL e.V., Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: \_\_\_\_\_  
BIC: \_\_\_\_\_  
IBAN: \_\_\_\_\_

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

# Bauer – Metzger – Koch

Seit einem Jahr besteht diese Kooperation rund um das Bio-Restaurant Weissenstein in Kassel

Auf den ersten Blick ist es einfach nur ein Restaurant. Das Weissenstein in Kassel. Schnell aber fällt die Theke mit Käse, Wurst und Fleisch auf. Im hinteren Teil stehen Regale mit Nudeln, Ölen, Honig, Eier, Wein und Sekt bekommt man hier ebenso wie Marmelade und Kartoffeln. Während man an den Tischen frühstückt, zu Mittag oder zu Abend isst, kaufen andere ihre Lebensmittel ein.

Das Besondere ist, dass sich hier kein Bio-Laden mit Imbiss vorstellt, sondern das Restaurant quasi nebenbei die Produkte seiner Lieferanten anbietet. Stefan Itter, mit seinem Biohof aus dem 20 km entfernten Kirchberg bildet mit Martin Theisinger, dem Metzger, und René Müller, dem Koch und Besitzer, den festen Kern dieser Kooperation.

Eine Zusammenarbeit, die viel mit gegenseitigem Vertrauen und verbindlichen Absprachen zu tun hat, denn schriftliche Verträge sucht man hier vergebens. „Es geht um einen eigenständigen Vermarktungsprozess und das gemeinsame Ziel dem Gast ein interessantes Produkt zu bieten. Nicht nur geschmacklich, auch durch die Geschichte, die hinter den Zutaten steckt und auch inszeniert werden will“, so Stefan Itter, der erzählt, dass er mit der Haltung Bunter Bentheimer Schweine allein aufgrund dieser Zusammenarbeit begonnen hat. Bunte Bentheimer, eine alte, vom Aussterben bedrohte Rasse mit besonderem Geschmack, aber auch besonders viel Fett.

Den Geschmack sucht René Müller, das Fett nimmt er in Kauf. Er macht sich Gedanken, überlegt, sucht nach

Rezepten, Verarbeitungsmöglichkeiten, um das ganze Tier optimal nutzen zu können. Mit dem gerade geschlachteten Schwein sind beide nicht wirklich zufrieden: zu viel Fett. „Das bewegt sich jenseits der üblichen Abrechnungsmasken der Schlachthöfe. Bei der Zerlegung in der Metzgerei und der Verarbeitung in der Küche sind intensive Absprachen, Kreativität und Flexibilität gefordert“, so Stefan Itter.

Gemeinsame Entwicklungen sind eben nicht nur von Erfolgen geprägt. Die Zusammenarbeit ermöglicht einen direkten Austausch, direkte Teilhabe. „Ich habe auf diese Weise einen sehr viel umfassenderen Blick auf mein Produkt“, so Stefan Itter. Martin Theisinger, der als einziger Bio-Metzger in der

Region sein handwerkliches Können einbringt, sucht den persönlichen Kontakt zu den Bio-Betrieben, die mit ihm den Anspruch einer artgerechten Tierhaltung teilen. Sein besonderer Stolz ist das Sortiment von trocken gereiftem Rindfleisch. Über Qualitäten, Erwartungen und Verbesserungen kann direkt gesprochen werden. „Vorwärtsintegration“ nennt Stefan Itter das. Und natürlich ist auch die Speckauflage der Bunten Bentheimer hier ein Thema.

## Alles Bio?

„Na klar“, sagt René Müller. Alles Bio und das meiste von ganz nah. Die Verbindung von Restaurant und Laden funktioniert gut. Auch weil die Menschen hier eine gute Beratung haben.

„Ich gehe gerne auf die Menschen zu und erkläre ihnen die Besonderheiten unserer Produkte, erzähle, wo die Schaffelle herkommen, wo sie gegerbt werden, dass der Käse aus Körbecke kommt und die Ahle Wurst aus Kirchberg“, so René Müller. Wenn das Restaurant abends voll ist, muss die Beratung natürlich zurückstehen.

## Heile Welt

Mehrfach wurde im Fernsehen ausführlich über das Projekt Weissenstein berichtet. Drei authentische Typen, Bilder von Schweinen im Stroh, ein kleines Schlachthaus und der direkte Kontakt über den Koch zum Verbraucher. Ein rundes Bild, auch ökonomisch. Dass das alles hier zusammenläuft, ist das Besondere am Weissenstein. „Wir leben, was wir hier tun“, formuliert Martin Theisinger. Und das spürt man, schon beim Betreten. Für René Müller war es der Wunsch nach etwas Eigenem. Nach vielen Jahren in der Gastronomie hat er sich mit dem Weissenstein die Möglichkeit geschaffen, seinen Beruf als Koch nach seinen eigenen Vorstellungen zu gestalten. Auch wenn Bauer und Metzger natürlich nicht allein vom Weissenstein leben können, so ist es doch die besonders enge Zusammenarbeit, die bis in die Theke hinein spürbar ist. Das spüren auch die Kunden. Ob an der Wurst- oder Käsetheke, im Laden oder im Restaurant – eigentlich ist ja sowieso alles eins. Fairness, Bio und Regionalität begleiten den Kunden von der Ladentür an. Mit Liebe und Sorgfalt wird man begrüßt und bedient. Ein Ort zum Wiederkommen. mn



## unabhängige Bauernstimme: zum Wiederlesen

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (41,90 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 30,50 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 17,- € bzw. 34,- € für  6 oder  12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 7,50 € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen email/Fax

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: \_\_\_\_\_

BIC: \_\_\_\_\_

IBAN: \_\_\_\_\_

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten Datum Beruf  
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221